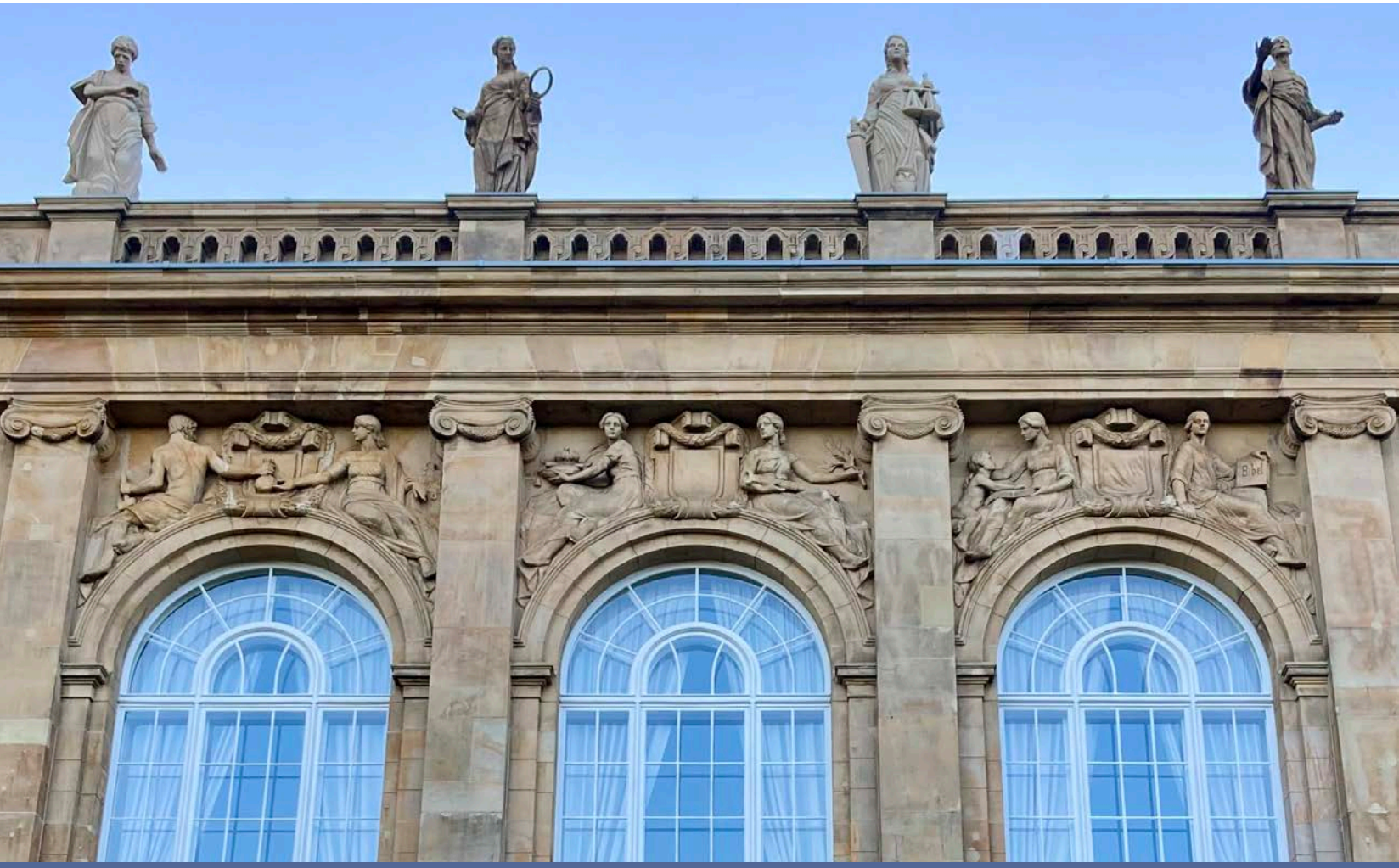
Bezirksregierung
Düsseldorf



Einblicke

Bezirksregierung Düsseldorf

www.brd.nrw.de

Vorwort

Thomas Schürmann, Regierungspräsident

Liebe Leserinnen und Leser,

rund 2.400 Menschen arbeiten bei der Bezirksregierung Düsseldorf engagiert daran, unsere Region voranzubringen. Wir beraten, genehmigen, planen, prüfen und fördern. Das klingt abstrakt? Ist es aber nicht. Mit dieser Broschüre geben wir Einblicke in unsere Arbeit, und Sie lernen beispielhaft einige unserer Kolleginnen und Kollegen kennen, die in ganz unterschiedlichen Berufen tätig sind. Diese stellen ihre Aufgaben vor und nehmen Sie zum Beispiel mit in die kleine Waldapotheke oder hinter die Kulissen der größten öffentlichen Personalverwaltung Deutschlands.

Hinter dem technisch klingenden Begriff „Landesmittelbehörde“ verbirgt sich viel lebendige Arbeit an der Schnittstelle zwischen Land und den Kommunen im Regierungsbezirk. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren aus unterschiedlichen Sektoren wie zum Beispiel der Verwaltung, der freien Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Einigen von ihnen begegnen Sie in den folgenden Geschichten, die wir zusammengestellt haben.

Während andere Landesbehörden fachspezifisch in Bereichen wie Bauen, Verkehr, Umwelt, Arbeitsschutz oder Schule tätig sind, zeichnet sich die Bezirksregierung als „Bündelungsbehörde“ dadurch aus, dass sie beinahe alle Regierungsbereiche vereinigt. Dies macht unsere Arbeit so spannend und abwechslungsreich, was sich hoffentlich auch in unseren hier zusammengestellten Artikeln widerspiegelt.

Kontinuierlich nehmen wir neue Entwicklungen auf und passen bei Bedarf unseren Zuschnitt an. Das jüngste Beispiel ist unsere Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung, die den Austausch der verschiedenen Dezernate der Bezirksregierung mit Akteuren in der Region weiter stärken wird.

Wir können hier nur einen kleinen Ausschnitt unserer vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten vorstellen. Aber ich bin mir sicher schon dieser Einblick verdeutlicht die Bedeutung und Vielfalt der Bezirksregierung Düsseldorf.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Thomas Schürmann
Regierungspräsident

Inhalt

Neustart miteinander – ENDLICH WIEDER VEREIN(T) 4
Abteilung 1 der Bezirksregierung in Zahlen 6
Sommerfest für die eigenen Nachwuchskräfte 8
Neue Führungskräfte 10
Mehr Verkehrssicherheit auf den Straßen des Regierungsbezirks 13
Prüfungen in 23 Sprachen als Herzensangelegenheit 16
Ein ausgezeichneter Regierungsumweltrat 20
Der erfolgreiche Sprung ins kalte Wasser 23
Abteilung 2 der Bezirksregierung in Zahlen 26
Die größte öffentliche Personalverwaltung Deutschlands 28
„Wir haben abends wirklich etwas geschafft“ 33
Waldapotheke mit Kräutern und Tinkturen 35
Bezirksregierung unterstützt Schulen bei Erasmus+ Projekten 37
Abteilung 3 der Bezirksregierung in Zahlen 40
Was macht eigentlich die Preisüberwachungsstelle? 42
Wie eine Fortbildung für Schulleitungen zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt 45
Transformation der Wiedergutmachung 51
Sicher im Dienst 53
An das Leid der Menschen jüdischen Glaubens erinnern 56
Eine verbindende Grenze 58
Ein digitaler Zwilling für den Rhein-Kreis Neuss 62
Abteilung 4 der Bezirksregierung in Zahlen 64
„Die Moiedtjes“ bleibt Naturschutzgebiet 66
Die Vermeidung von Plastikabfall ist das Ziel 68
Erlebnistag der Geodäsie auf der Rheinwiese 72
Unsere Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung 76
Im Notfall funken alle auf der gleichen Welle 78
Wie Altanlagen sich neuen Regelungen anpassen müssen 80
Arbeitsschutz auf Asbestbaustellen 82
Gemeinsam die Region gestalten 84
Abteilung 5 der Bezirksregierung in Zahlen 86
Integration leben – eine der vielen Chancen in einer Behörde 88
Das Land schafft neue Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen 90

Neustart miteinander – ENDLICH WIEDER VEREIN(T)

Ein Förderprogramm belebt Vereine nach der Corona-Pandemie

Ob im öffentlichen Raum auf Plakaten, auf Social Media oder intern – vielfach wurden sie beworben: Veranstaltungen von Vereinen, die für diese einen „Neustart“ nach der Corona-Pandemie bedeuteten. Endlich ging es wieder los: Man traf sich zu einem gemeinsamen Grillen, ließ den Ball bei einem Tag der offenen Tür rollen, feierte einen Tag für Familien und Kinder mit zahlreichen Mitmachangeboten, sah Schützen bei ihren Umzügen zu oder tanzte ausgelassen zu Live-Musik.

Das Programm „Neustart miteinander“ hat derartige Veranstaltungen großzügig finanziell gefördert. Aufgelegt vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) wurde es im Dezernat 35 der Bezirksregierung und dort im Sachgebiet „Heimatförderung“ umgesetzt. Die Sachbearbeitenden haben u. a. Anträge und Verwendungsnachweise geprüft, Zuwendungsbescheide erstellt und Auszahlungen veranlasst und wurden dabei tatkräftig von Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärtern unterstützt. So wurden vom 15.07.2021 bis Ende 2022 Fördermittel für insgesamt 621 Veranstaltungen bewilligt und rund 2,77 Mio. Euro zur Deckung von veranstaltungsbezogenen Ausgaben ausgezahlt.

Sehr viele Vereine meldeten in ihren Sachberichten zurück, dass ihre Veranstaltung ein voller Erfolg war. Das Gemeinwesen und der gesellschaftliche Zusammenhalt wurden gestärkt, Vereinsmitglieder konnten wieder zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit für den Verein motiviert werden und auch neue Mitglieder konnten gewonnen werden.

Das Förderprogramm wurde so gut angenommen, dass das MHKBD die Förderrichtlinie im März 2022 zugunsten der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger geändert hat: Statt einer Veranstaltung waren nunmehr zwei förderfähig, die Frist für die Antragstellung wurde um etwa ein Jahr verlängert, die Veranstaltungen mussten nicht mehr zwingend für die Öffentlichkeit zugänglich sein und der Förderhöchstbetrag wurde von 5.000 Euro auf 10.000 Euro pro Veranstaltung angehoben.

In vielen Fällen nahmen die Sachbearbeitenden Kontakt zu den Antragsstellern auf, um ihnen die Hilfestellung im Verfahren zu geben und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Gerade der Verwendungsnachweis stellte für viele eine Hürde dar, die jedoch mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung überwunden werden konnte. Auch im direkten Kontakt mit den Sachbearbeitenden wurde die positive Resonanz auf das Förderprogramm deutlich: Neben Worten des Danks wurde auch vielfach der Wunsch geäußert, das Programm möge doch fortgeführt werden.

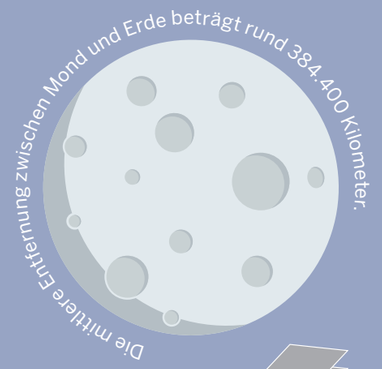
Schließlich lässt sich festhalten, dass das Förderprogramm „Neustart Miteinander“ die Erwartungen hinsichtlich des Umfangs und der Resonanz deutlich übertroffen hat.

Schützenfeste sind ein wichtiger Bestandteil des Brauchtums.

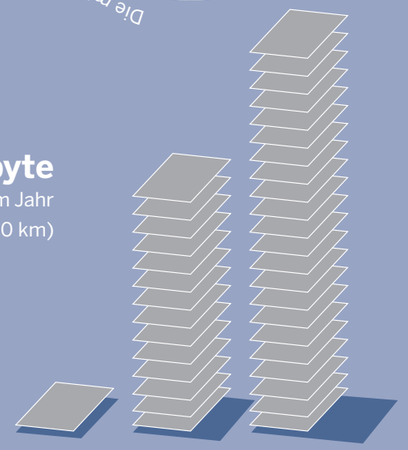
Logo Neustart Miteinander!

Abteilung 1 der Bezirksregierung in Zahlen

4000
eingerichtete E-Mail-Postfächer



ca. 10 Petabyte
Datenumsatz misst die Bezirksregierung im Jahr
(entspricht einem Stapel DIN A4 – Blätter von 250.000 km)



ca. 47 Terabyte Datenvolumen hat
die Bezirksregierung im zentralen Speicher
(entspricht einem Stapel DIN A4 – Blätter von 1.100 km)

20 Veranstaltungen
mit 1427 Teilnehmenden hat das Betriebliche Gesundheits-
management (BGM) zum Thema Bewegung, Ernährung und
mentaler Gesundheit 2023 angeboten

17 Events
der Gleichstellung wie z.B. die Frauenversammlung

rund 60.000 Medieneinheiten
von fachspezifische Titeln verwaltet die eigene
Bibliothek der Bezirksregierung

über 150 eigene Teilnehmer
an 3 Christopher-Street-Day-Demos im Jahr

14 verschiedene Berufe
werden ausgebildet

Sommerfest für die eigenen Nachwuchskräfte

Kolleginnen und Kollegen tauschten sich über die Generationengrenzen hinweg entspannt aus.

Sie bringen neue Ideen und jede Menge Energie mit in die Bezirksregierung Düsseldorf: die eigenen Nachwuchskräfte. Im Juli sagte ihr Arbeitgeber ihnen dafür von Herzen Dankeschön und kurzer Hand stellte das Azubibüro ein Sommerfest auf die Beine. Bei bestem Wetter sind ca. 130 Anwärterinnen, Anwärter, Auszubildende, Referendarinnen und Referendare dieser Einladung gefolgt. So konnten sich die Nachwuchskräfte im Präsidentengarten an der Cecilienallee in Düsseldorf austauschen und bei einem kühlen Getränk zusammensitzen. Aufgrund der engagierten Hilfe der Nachwuchskräfte bei der letzten Weihnachtsfeier konnten Spenden für das Sommerfest gesammelt werden. Durch die Spenden und dank der großzügigen finanziellen Unterstützung der Jugend- und Auszubildendenvertretung konnte für Leckereien gesorgt werden.

Auch Regierungspräsident Thomas Schürmann und Regierungsvizepräsident Roland Schlapka haben es sich nicht nehmen lassen, an der Veranstaltung teilzunehmen. In ihrer Begrüßung haben sie sich ausdrücklich bei den Nachwuchskräften, aber auch bei den ausbildenden Personen für die tatkräftige Unterstützung bedankt. „Die Bezirksregierung Düsseldorf ist Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger, die Kreise und Kommunen, die Kammern und Verbände, die Vereine und Unternehmen sowie viele weitere Akteure in unserer Region. Wer bei uns mitarbeitet, sitzt an einer Schnittstelle und gewinnt Einblick in viele spannende Themen“, sagte Regierungspräsident Thomas Schürmann.

Das Sommerfest war eine gute Gelegenheit in lockerer Atmosphäre beisammen zu sein und sich ausbildungsübergreifend kennenzulernen. Denn es gibt 17 verschiedene Ausbildungsgänge bei der Bezirksregierung Düsseldorf, worunter neben der gängigen Ausbildung auch duale Studiengänge, das Referendariat oder verschiedene Aufstiegsmaßnahmen zählen. Insgesamt hat das Team des Azubibüros unter Leitung von Stefanie Müller mehr als 300 Personen.

Welche Berufe hier zu erlernen sind stellen die Kolleginnen und Kollegen in Kurzprofilen auf der Homepage der Bezirksregierung vor:

www.brd.nrw.de/
karriere/ausbildung

Personen von links nach rechts: Roland Schlapka, Thomas Schürmann, mit dem Team Azubibüro unter der Leitung von Stefanie Müller (5. v. li.)

Neue Führungskräfte

Dr. Thomas Ott
ist der neue HD 12 und HD 15

Zum 1. August 2023 hat Dr. Thomas Ott seine Tätigkeit als Hauptdezernent 12 und 15 aufgenommen. Als Beauftragter für den Haushalt, die Vergabe, das Justitiariat und den Inneren Dienst sitzt Dr. Ott an einer wichtigen Schnittstelle (Dezernat 12). Angelegenheiten nach dem „Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ und dem Härtefonds NRW erfordern sehr viel Taktgefühl mit den Betroffenen und deren Familien (Dezernat 15). Beruflich ist er beim Land NRW zuhause.

Nach vielen unterschiedlichen Herausforderungen arbeitete Thomas Ott zuletzt als Leiter der Geschäftsbereiches 5 im Rechenzentrum der Finanzverwaltung (RZF). Er hat Geographie studiert und anschließend in Geologie promoviert.

Die neuen
Hauptdezernenten für 20 und 23

Regierungsvizepräsident Roland Schlapka hat Dr. Annika Molls und Henning Strohmeyer im Juni 2023 ihre Bestellungsschreiben ausgehändigt. Henning Strohmeyer übernahm die Leitung des Dezernats, Dr. Annika Molls das Dezernat 23. Während das Team in der 20 vor allem die Unterbringung von Flüchtlingen in Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) managt, verantwortet das Team in der 23 die Beihilfe. „Es ist eine große Herausforderung, Plätze für geflüchtete Menschen zu schaffen und den Betrieb der Unterkünfte zu steuern. Herr Strohmeyer hat dies großartig gemacht – bereits zwei Mal insgesamt – und Frau Dr. Molls wird dies großartig machen“, sagte Roland Schlapka. „Innerhalb der Abteilung 2 wird Herr Strohmeyer das Team in Dezernat 21 mit unterstützen.“

Und dann kam für Dr. Molls die nächste schöne Nachricht: Sie ist mittlerweile Mama geworden und befindet sich in Elternzeit. Marc Schnell wird für ein Jahr der HD 20 sein, bei dem die Fäden im Bereich Flüchtlinge zusammenlaufen. Im Januar erhielt der Vermessungsassessor seine Bestellung von Regierungspräsident Thomas Schürmann.

Markus Tönnißen
leitet das Dezernat 33

Markus Tönnißen ist seit Januar 2023 der neue Hauptdezernent 33 – ländliche Entwicklung und Bodenordnung. Den rund 60 Mitarbeitenden des Dezernats ist Tönnißen gut bekannt: Bereits seit 2010 ist er als Dezernent für Bodenordnung am Standort Mönchengladbach beschäftigt. Nach seiner Ausbildung zum Vermessungstechniker arbeitete er zunächst in einem Ingenieurbüro bevor er das Studium der Geodäsie in Bonn begann. Im Anschluss absolvierte er sein technisches Referendariat bei der Bezirksregierung Düsseldorf, um nach weiteren beruflichen Erfahrungen bei einem Vermessungsbüro als Planungsdezernent für Flurbereinigungsverfahren in den Landesdienst einzutreten. Wenn der Krisenstab der Bezirksregierung einberufen wird, ist Tönnißen eine der verlässlichen Größen im Haus. Als Hauptdezernent folgt er auf Ralph Merten, der Ende 2022 in den Ruhestand verabschiedet wurde.

HD 52: Wolfgang Weber

Mit der Einführung Wolfgang Webers als Hauptdezernent 52 (Kreislaufwirtschaft, Bodenschutz) endete für die Mitarbeitenden ein anstrengendes Jahr ohne HD. Wolfgang Weber ist mit dem Haus vertraut, unter anderem aus der Zeit als Persönlicher Referent von Regierungspräsident Jürgen Büssow und Hauptdezernent 14 (IT und Organisation).

Als ausgebildeter Bauingenieur war Wolfgang Weber zunächst beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe tätig. Von 2001 bis 2013 arbeitete er dann bei der Bezirksregierung Düsseldorf, danach bis zu seiner Rückkehr beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste, wo er für Personal, Organisation und Querschnittsaufgaben zuständig war. Im Dezernat 52 freut sich der neue HD nun sehr auf die fachlichen Aufgaben. »

HD 43: Magnus Tewes

Er hat als Hauptdezernent die Leitung eines Dezernats übernommen, dessen Strukturen, Themen und Personen er gut kennt: Seit 2016 ist Magnus Tewes im Dezernat 43 tätig, seit 2019 als stellvertretender Hauptdezernent. Nach dem Lehramtsstudium in den Fächern Sport und Biologie trat er seine erste Stelle an einem Gymnasium in Herne an. Es folgten drei Jahre als pädagogischer Mitarbeiter im Schulministerium NRW, dann die Leitung eines Ganztags-Gymnasiums in Mülheim bevor er schließlich zur Bezirksregierung wechselt. Seine Aufgaben als Hauptdezernent sieht er in erster Linie in der Koordination und Kommunikation. „Das Dezernat besteht aus 15 Dezernentinnen und Dezernenten, die in Ihren jeweiligen Aufgabengebieten sehr stark sind“, beschreibt Tewes. Als zukünftige Herausforderungen für sich und seine Kolleginnen und Kollegen sieht er neben der Integration zugewanderter Schülerinnen und Schüler unter anderem das Thema Künstliche Intelligenz (KI). Der Einsatz und der Umgang mit KI werden ein wichtiges Thema sein. Nicht nur im Hinblick auf den Unterricht, sondern auch in der Vorbereitung der Schülerschaft auf eine Berufswelt, in der KI zunehmend zum Einsatz kommt.

Mehr Verkehrssicherheit auf den Straßen des Regierungsbezirks

Dezernat 25 ist Unfallursachen auf der Spur, unterstützt in der Präventionsarbeit aber auch Aktionen für Kindergärten oder Menschen mit Rollator

Schon wieder hat es auf einer Bundesstraße im Kreis Wesel gekracht. Die Straßenkurve ist lokal bekannt, immerhin ereigneten sich dort allein seit 2007 über 30 Unfälle. Deshalb gerät die Stelle in den Fokus der Verkehrsingenieure des Dezernates 25. Ihre Aufgabe ist die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Straßen im Regierungsbezirk. Das Augenmerk liegt dabei auf Unfällen mit getöteten und schwerverletzten Menschen. Um negative Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, führen die Verkehrsingenieure regelmäßig ortsbezogene Sonderauswertungen von Straßenverkehrsunfällen durch. So sollen Zusammenhänge zwischen dem Unfallgeschehen und baulichen oder verkehrstechnischen Gegebenheiten des Unfallortes einschließlich der Umgebung erkannt werden. „Dabei ist die „Vision Zero“, also die Reduzierung von Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr gegen Null, unser erklärtes Ziel“, sagt Swen Kubiczek.

Die Reduzierung von Verkehrsunfällen und deren Folgen wie auch die regelmäßigen Unfalluntersuchungen werden gemeinsam mit anderen Behörden des Landes in Unfallkommissionen koordiniert. Die Ingenieure des Teildezernats 25.02 beraten und unterstützen in ihrer Funktion als Aufsichtsbehörde insgesamt 71 Kommunen in der Verkehrssicherheitsarbeit.

Im Fall der gehäuften Unfälle auf der Bundesstraße im Kreis Wesel hat die Unfallkommission festgestellt, dass mehr als die Hälfte der Kraftfahrenden den schwer einschätzbaren Straßenabschnitt mit überhöhter Geschwindigkeit passieren. Das Gremium beschließt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit die folgenden Maßnahmen: Durchsetzen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit durch ortsfeste Geschwindigkeitsüberwachung, Montage von Sichtzeichen (vertikale Leiteinrichtungen) auf der Sperrfläche vor der Kurve, um eine Aufstellung von Fahrzeugen nebeneinander und damit eine gegenseitige Sichtbeeinträchtigung zu unterbinden (siehe Foto unten), Erneuerung der Markierungen durch sogenannte „Rüttelmarkierungen“ und Prüfung des Fahrbahnzustandes, in diesem Fall im Hinblick auf die Griffigkeit bei Nässe. »

Erhöhung der Verkehrssicherheit: Durch die Leiteinrichtungen auf der Sperrfläche wird verhindert, dass Fahrzeuge nebeneinander anhalten und sich gegenseitig in der Sicht auf die Straße behindern.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen für mehr Sicherheit auf den Straßen steht der Mensch. Kubiczek erklärt: „Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer können nicht immer fehlerfrei handeln. Im Sinn der Verkehrssicherheit liegt das auch daran, dass die physische Belastbarkeit begrenzt ist. In einer Gefahrensituation beispielsweise laufen viele Reaktionen stark intuitiv ab, weil der Körper für rationale Entscheidungen nicht genügend Zeit hat.“ Die Infrastruktur von Straßen und ihrer Umgebung muss daher im Idealfall mit Blick auf den Menschen so gestaltet werden, dass Unfälle mit Getöteten und Verletzten vermieden werden. Ziel ist die sogenannte „fehlerverzeihende Straße“.

Rainer Feller (links) von der Polizei Wuppertal löst durch Zug an der Leine die Luftkissen in der Airbagweste für Motorradfahrer aus. Swen Kubiczek hat sich für diese Demonstration die Weste übergestreift.

Motorradtouren als erfolgreiche Unfallprävention

Doch nicht erst nach dem Erkennen von Unfallhäufungsstellen wird das Dezernat 25 aktiv. Die Mitarbeitenden fördern und koordinieren auch die Unfallprävention im Regierungsbezirk Düsseldorf, zum Beispiel durch die langjährige Unterstützung der Kampagne „Verkehrssicherheitstage“ des Polizeipräsidiums Wuppertal. Bei geführten Motorradtouren durch das Bergische Land werden unfallauffällige Stellen gemeinsam vorausschauend angefahren und dann die besondere Situation vor Ort mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern besprochen. In den Pausen erörtern einzelne Gruppen Themen wie Sichtbarkeit im Straßenverkehr, Schutzkleidung, Navigation und die Gefahren von Fahrbahnschäden. Demonstrationen zu den Risiken bei Bremsmanövern, Vorführungen der Auslösung von Airbag-Westen und Angebote des Deutschen Roten Kreuzes zum Thema „Ersthelfer“ runden das Veranstaltungsprogramm ab. Ziel ist es, dass Teilnehmende anschließend als Multiplikatoren (sogenannte „Limiter“) in ihren eigenen Gruppen und im persönlichen Umfeld für verkehrsgerechtes Verhalten eintreten.

Die Verkehrssicherheitstage zeigten schnell Wirkung. Die einst überdurchschnittlich hohen Zahlen von Motorradunfällen im Bereich des Polizeipräsidiums Wuppertal konnte durch die gemeinschaftliche Präventionsarbeit von Polizei und Bezirksregierung deutlich gesenkt werden. Bereits im Jahr 2013 erhielt die erfolgreiche Kampagne den „Landespreis für innere Sicherheit“.

Zur Person:

- **Name:** Swen Kubiczek
- **Alter:** 49
- **Ausbildung:** Diplom Ingenieur, Studium Bauingenieurswesen mit Vertiefungsrichtung Verkehr
- **Bei der Bezirksregierung seit:** April 2003
- **In welcher Funktion:** Verkehrsingenieur
- **Was ist meine Aufgabe:** Die Erhöhung der Verkehrssicherheit u.a. durch Unterstützung und Beratung der Kommunen bei ihrer Unfallkommissionsarbeit und bei Fragen zur Straßenverkehrsordnung

Glühwürmchen und Geisterradler

Dezernat 25 unterstützt Städte, Gemeinden und Kreise finanziell bei ihren breitgefächerten Aktionen zum Thema Verkehrssicherheit. Dabei wird nicht nur die breite Öffentlichkeit angesprochen, sondern oft konkrete Zielgruppen. So waren beispielsweise Kindergartenkinder im Kreis Viersen mit Warnwesten bei der Aktion „Glühwürmchen“ aktiv: Gemeinsam mit ihren Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie der Polizei funkelten sie an starkbefahrenen Straßen im Dunkeln, um Autofahrer und andere Verkehrsteilnehmende auf das Thema „Sichtbarkeit im Dunkeln“ aufmerksam zu machen.

In Mönchengladbach initiierte die Stadt einen Rollator-Tag, um Älteren praktische Hilfestellung beim Umgang mit Rollatoren zu geben und die Öffentlichkeit für Besonderheiten zu diesem Thema zu sensibilisieren. Etwa, dass Menschen mit einem Rollator insbesondere bei Hindernissen sich unter Umständen stark auf die Handhabung des Geräts konzentrieren müssen und dadurch weniger aufmerksam für das Verkehrsgeschehen sind.

Andere Aktionen sprechen ganz konkret eben jene Verkehrsteilnehmenden an, die sich und andere durch ihr Verhalten im Straßenverkehr gefährden. Die Stadt Mülheim an der Ruhr startete etwa die Kampagne „Geisterradler“. Dabei wurden Radfahrer, die auf der falschen Straßenseite fuhren, mit gelben Karten und Zitronen auf ihr gefährliches Fehlverhalten aufmerksam gemacht. Das Dezernat 25 fördert somit ein breites Spektrum kommunaler Aktionen, zu denen zum Beispiel auch die Öffentlichkeitsarbeit in Sozialen Medien oder der Schulweg-Check durch Schülerinnen und Schüler gehören.

Prüfungen in 23 Sprachen als Herzensangelegenheit

Die Sprachfeststellungsprüfungen sind jährlich ein organisatorischer Kraftakt für die Mitarbeitenden. Aber die Prüfungen ermöglichen zugewanderten Jugendlichen unter bestimmten Voraussetzungen einen Schulabschluss.

Das Teildezernat 48.02 bewegt jedes Jahr Millionen Euro für schulische Förderprogramme. Aber eine besondere Herzensangelegenheit von Dezernentin Elke Kurth verbirgt sich hinter dem Begriff „Sprachfeststellungsprüfung“: Wer einen Schulabschluss in Deutschland erreichen will – egal ob nach neun oder 13 Schuljahren – muss in mindestens einer Fremdsprache eine Prüfung ablegen, meistens in Englisch. Zugewanderte Schülerinnen und Schüler, die etwa erst ab der 7. oder 8. Klasse eine deutsche Schule besuchen, müssen in der Regel zunächst intensiv Deutsch lernen, um am Unterricht teilnehmen zu können. Und die Abschlussprüfungen sind natürlich auch auf Deutsch. Ihre Muttersprache wird an den Schulen aber nicht unbedingt als Fremdsprache angeboten.

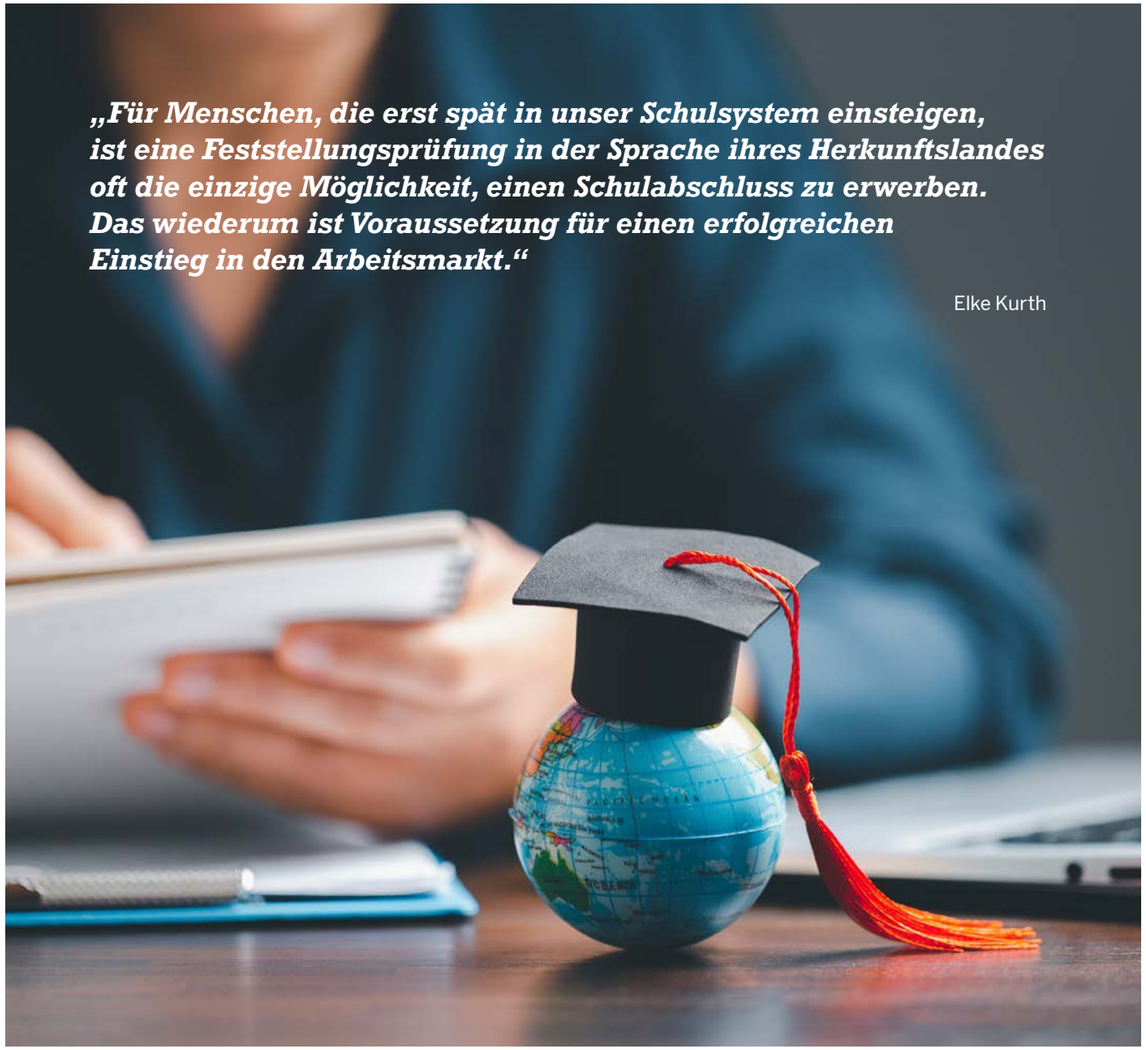
Bringen zugewanderte ältere Kinder oder Jugendliche keine ausreichenden Englisch-, Spanisch- oder Französischkenntnisse mit, ist ein Schulabschluss in vertretbarer Zeit kaum möglich. Da nützen dann auch keine guten Leistungen in anderen Fächern.

In solchen Fällen kann eine Sprachfeststellungsprüfung in Frage kommen. Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe I einer deutschen Schule nicht von Beginn an besucht haben, können zum Erwerb von Abschlüssen und Berechtigungen an einer solchen Prüfung teilnehmen. Das Ergebnis der Prüfung tritt an die Stelle der Note in einer Fremdsprache. »

Sprachfeststellungsprüfungen:

2023 wurden **Prüfungen in den Sprachen** Arabisch, Bulgarisch, Bosnisch, Chinesisch, Französisch, Italienisch, Koreanisch, Kroatisch, Kurdisch-Kurmandschi lateinische Schrift, Mazedonisch, Paschtu, Persisch/Farsi/Dari, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Serbisch, Spanisch, Türkisch, Ukrainisch, Vietnamesisch durchgeführt. Die Prüfungen in Arabisch und Persisch bildeten mit einem Drittel den größten Block. Die nachgefragten Sprachen (zwischen 20 und 50) sowie die zur Verfügung stehenden Prüferinnen und Prüfer variieren jedes Jahr und werden stark von der geopolitischen Lage und daraus resultierend Migrationsbewegungen beeinflusst.

Die **Zahl der Anträge** auf eine Sprachfeststellungsprüfung schwankt zwischen 700 und 1600 pro Jahr.
Der meisten Prüfungen bisher wurden im Jahr 2015 abgenommen. Seitdem sind die Zahlen leicht gesunken. Aufgrund verschiedener Krisenlagen weltweit wird in den kommenden Jahren wieder ein Anstieg der Antragszahlen erwartet.



„Für Menschen, die erst spät in unser Schulsystem einsteigen, ist eine Feststellungsprüfung in der Sprache ihres Herkunftslandes oft die einzige Möglichkeit, einen Schulabschluss zu erwerben. Das wiederum ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt.“

Elke Kurth

Abschlüsse und Berechtigungen,

die unter anderem mit dieser Prüfung gesichert werden:

- erster Schulabschluss
- erweiterter erster Schulabschluss
- mittleren Schulabschluss (Fachoberschulreife)
- Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe
- Fachhochschulreife (Abschluss an berufsbildenden Schulen)

Die Sprachprüfung gliedert sich in einen **schriftlichen und einen mündlichen Teil** auf dem Niveau des angestrebten Abschlusses. Die Klausuren werden vom Schulministerium vorgegeben. Ebenso wie bei üblichen Fremdsprachenprüfungen an den Schulen steigt die Komplexität der Aufgaben und Fragestellungen mit der Höhe des angestrebten Abschlusses.

Voraussetzung ist, dass die Schülerin oder der Schüler „nicht in das Sprachenangebot der Schule eingegliedert werden konnten“. So steht es im Erlass. Das ist etwa der Fall, wenn die Amtssprache des Herkunftslandes an der Schule nicht anstelle einer Pflicht- oder Wahlpflichtfremdsprache weitergeführt werden kann. Oder wenn bis zu den Abschlussprüfungen das Erreichen des erforderlichen Sprachniveaus zum Beispiel in Englisch trotz intensiver Förderung nicht möglich ist. „Die Möglichkeit der Sprachfeststellungsprüfung ist kein Freibrief für Schulen, ihren Bildungsauftrag zu vernachlässigen oder lernunwilligen Schülerinnen und Schülern zu einem Abschluss zu verhelfen“, betont Elke Kurth. Sicher sei es aufwändig, beispielsweise einen Schüler in einem begrenzten Zeitraum noch so zu fördern, dass er in Englisch als Fremdsprache eine Prüfung ablegen kann. Aber Englisch ist in keinem Beruf mehr wegzudenken. „Wir wollen nicht, dass Bildungskarrieren verbaut werden, nur weil es mit der Sprachfeststellungsprüfung einen vermeintliche einfacheren Weg zum Abschluss gibt“, so Kurth. Deshalb findet für die Schülerinnen und Schüler ein Zulassungsverfahren statt, in dem geprüft wird, ob die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Die Prüfungen finden einmal jährlich zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres in ausgewählten Prüfschulen statt und sind für das Dezernat jedes Mal ein Kraftakt. 2023 wurden bei der Bezirksregierung Düsseldorf Sprachfeststellungsprüfungen in 23 Sprachen abgelegt. Aber wo findet man Prüfende für Paschtu (wird in Afghanistan und Pakistan gesprochen), Persisch oder Kurdisch-Kurmandschi in lateinischer Schrift? Bei den Anmeldungen geschieht es fast jedes Jahr, dass Elke Kurth von einer Sprache erfährt, die sie noch nicht kannte. Die Prüfung besteht unter dem Vorbehalt, dass geeignete Prüferinnen und Prüfer zur Verfügung stehen. Andernfalls müssen Absagen erteilt werden. Um dies nach Möglichkeit zu verhindern, werden Abfragen an allen Schulen durchgeführt, ob es dort qualifizierte Lehrkräfte gibt, die aufgrund der Kompetenzen in ihrer Herkunftssprache für die Prüfungen geeignet sind. Durch diese Abfragen und auch mit Hilfe von Kolleginnen und Kollegen aus den anderen schulischen Dezernaten gelingt es, für viele Sprachen Prüferinnen und Prüfer zu finden. „Wir verstehen uns als Möglichmacher, denn teilweise haben die Prüflinge sehr bewegende Schicksale“, erklärt Elke Kurth. „Wir tauschen uns auch mit den anderen Bezirksregierungen aus, um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern die Chance zu ermöglichen. Trotzdem können wir nicht in jedem Jahr alle gewünschten Sprachen anbieten.“

Die Prüflinge sind sehr engagiert und sehr stolz, wenn sie die Prüfung schaffen. Und es ist eine Form der Wertschätzung, dass das, was sie aus ihrem Herkunftsland und ihrer Kultur mitbringen, anerkannt wird.

Zur Person:

- **Name:** Elke Kurth
- **Alter:** 59
- **Ausbildung:** Betriebswirtschaftslehre und Verwaltungsreferendariat
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 1994
- **In welcher Funktion:** Dezernentin
- **Was ist meine Aufgabe:** die Sprachfeststellungsverfahren und eine Vielzahl unterschiedlicher Förder- und Erstattungsverfahren rund um das Thema Schule

Ein ausgezeichneter Regierungsumweltrat

Mit einer besonderen Leistung hat Kris Jasinski sein technisches Referendariat abgeschlossen

Große Freude, Stolz und bei Mitarbeiter Kris Jasinski durchaus auch Erleichterung prägten ein nicht alltägliches Treffen im Büro von Regierungspräsident Thomas Schürmann: Kris Jasinski, seit 2016 Mitarbeiter der Bezirksregierung, hat bundesweit als einer der fünf besten Prüflinge seines Jahrgangs das technische Referendariat abgeschlossen und erhält dafür neben einer Urkunde auch eine finanzielle Anerkennung des Oberprüfungsamtes in Bonn. „Das ist wirklich eine herausragende Leistung“, so der Regierungspräsident bei der Urkundenübergabe. Schürmann hat selbst vor dem Oberprüfungsamt sein Examen als Bauassessor abgelegt und weiß, was dort verlangt wird. „Das intensive Lernen erfordert viel Selbstdisziplin. Aber Sie haben damit nicht nur die Prüfung geschafft, sondern auch Ihr Gehirn sozusagen auf neue Pfade geschickt. Und wenn wir immer wieder neue Wege einschlagen, bleibt unser Gehirn jung, so eine Erkenntnis der Neurowissenschaft“, so Schürmann.

Kris Jasinski freute sich sehr über die Wertschätzung, ist aber auch froh, das Examen in der Tasche zu haben. „Die zwei Jahre waren eine besondere Herausforderung. Es ist ständig der Druck da, viel Fachwissen zu lernen und abrufbereit zu haben.“ Besonders gut gefallen hat ihm die Hospitation bei einem Wuppertaler Ingenieurbüro. „Ich verstehe jetzt besser, wie die Firmen, mit denen wir es als Bezirksregierung zu tun haben, arbeiten. Und ich konnte hoffentlich auch etwas Verständnis für die Arbeit der Behörde vermitteln“, so Jasinski.

Nach dem Abschluss seines Studiums „Umwelttechnik und Ressourcenmanagement“ an der Ruhr Universität Bochum war er als Diplom-Ingenieur für einen Hersteller von Baustoffen tätig. Unter anderem gehörte die Anlagenplanung des Unternehmens zu seinen Aufgaben. So kam er in Kontakt mit der Arbeit der Abteilung 5 der Bezirksregierungen. 2016 wechselte er als Quereinsteiger zur Bezirksregierung Düsseldorf ins Sachgebiet Zulassung von Chemieanlagen. „Die Arbeit hat mir inhaltlich von Anfang an sehr viel Spaß gemacht. Und das Team war großartig. Ich habe dort so viel gelernt, davon habe ich im Referendariat definitiv profitiert“, erzählt Kris Jasinski.

Für das Umweltreferendariat hat er sich dann 2020 beworben, auch weil das Team ihn ermutigt hat und er seine berufliche Entwicklung in der Verwaltung fortsetzen wollte. »

Personen von links nach rechts: Personalrat Bernhard Worm, Hauptdezernent Wolfgang Weber und Kris Jasinski mit dem Regierungspräsidenten Thomas Schürmann und Abteilungsleiterin Dr. Angela Küster

Dann folgten zwei Jahre Referendariat, in denen es im Kern um Rechts- und Verwaltungsgrundlagen, Führungskompetenzen und Wirtschaftlichkeit im Verwaltungshandeln ging. Zu den praktischen Abschnitten in den Dezernaten 52, 53 und 54 kamen Hospitationen zum Beispiel beim Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV), unteren Umweltschutzbehörden, Verbänden oder Ingenieurbüros. Nach Klausuren und einer schriftlichen Ausarbeitung (in etwa vergleichbar mit einer Bachelorarbeit) hat er schließlich sein Staatsexamen vor dem Prüfungsausschuss Umwelttechnik beim Oberprüfungsamt für das technische Referendariat in Bonn abgelegt. Dort werden pro Jahr 250 bis 300 technische Referendare und Referendarinnen aus dem gesamten Bundesgebiet in insgesamt zehn verschiedenen Bereichen geprüft. Neben Umwelt sind das zum Beispiel auch Städtebau, Luftfahrttechnik oder Wasserwesen. Kris Jasinski hat als einer der fünf besten Prüflinge seines Jahrgangs abgeschlossen.

Neben Bernhard Worm als Mitglied des Personalrats gratulierte auch Abteilungsleiterin Dr. Angela Küster. Sie ist stolz auf die Leistung ihres Mitarbeiters: „Das spricht für die Ausbildungsbereitschaft unserer Abteilung. Aber vor allem habe ich Achtung davor, dass Sie sich – nachdem Sie Ihr Studium schon länger abgeschlossen hatten – erneut einer solchen anspruchsvollen Lernphase gestellt haben."

Mit Abschluss des Umweltreferendariats hat Kris Jasinski die Prüfung für die Laufbahngruppe 2. 2. Einstiegsamt in der staatlichen Umweltverwaltung bewältigt und darf die Berufsbezeichnung technischer Assessor führen. Als Regierungsumweltrat ist er nun in Dezernat 52 für abfallrechtliche Generalia zuständig. Zu seinen Aufgaben gehört unter anderem die Koordination von Beteiligungsverfahren im Dezernat sowie die Abgrenzung beziehungsweise der rechtliche Status von Abfällen, Nebenprodukten und Produkten nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz.

Der erfolgreiche Sprung ins kalte Wasser

Schwimmkurs für Schülerinnen und Schüler der Wuppertaler Berufskollegs

Schülerinnen und Schüler der Wuppertaler Berufskollegs haben erfolgreich an einem Kurs „NRW kann schwimmen" teilgenommen. Für junge Erwachsene gibt es wenig Angebote, um das Schwimmen zu erlernen.

Bei Schwimmkursen für Schülerinnen und Schüler denkt man zunächst an Kinder im Grundschulalter. Doch durch Zuwanderung hat der Anteil älterer Schülerinnen und Schüler, die nicht schwimmen können, zugenommen. Die Landestelle für den Schulsport NRW, die bei der Bezirksregierung Düsseldorf angesiedelt ist, hat deshalb nach Möglichkeiten gesucht, auch Jugendliche und junge Erwachsene durch das Programm „NRW kann schwimmen - Schwimmen lernen in den Ferien und in der Freizeit" zu fördern. Ergebnis sind zwei Pilotkurse für Schülerinnen und Schüler der fünf Wuppertaler Berufskollegs. In Kooperation mit dem Schwimmverband Wuppertal, dem Sport- und Bäderamt Wuppertal und der Fachkonferenz Sport der Wuppertaler Berufskollegs konnten so 15 jungen Erwachsenen grundlegende Kompetenzen im Bereich „Bewegen im Wasser" vermittelt werden, sieben Teilnehmende schlossen die Kurse in Vorbereitung auf die Schwimmabzeichen mit dem Anfängerzeugnis Seepferdchen ab.

„Gerade für diese Zielgruppe gibt es nur wenige alternative Angebote im schulischen und außerschulischen Bereich, um das Schwimmen zu erlernen", erklärt Sibylle Wallossek, Leiterin der Landesstelle für den Schulsport. „Zudem beobachten wir, dass mit zunehmendem Alter die Hemmschwelle steigt, bestehende Defizite bei der Wasserbewältigung offenzulegen und anzugehen. Während Kinder im Grundschulalter in der Regel durch ihren Bewegungsdrang, ihre Neugierde und das Erleben in der Gruppe spielerisch an das Wasser gewöhnt werden, ist der Zugang für ältere Zielgruppen schwieriger. Das besondere Format dieser Schwimmkurse durch die enge schulische Anbindung ermöglichte es, bestehende Ängste und Vorbehalte zu reduzieren und in besonderem Maße zu einer Teilnahme zu motivieren." Aus Sicht aller Beteiligten war das Pilotprojekt zur Öffnung des Landesprogramms „NRW kann schwimmen" für die ältere Zielgruppe sehr erfolgreich. Weitere Kurse für Schülerinnen und Schüler von Berufskollegs sollen ermöglicht werden. »

Wie gut schwimmt ein Seepferdchen?

Wenn Schwimmanfänger die Prüfung zum Seepferdchen geschafft haben, heißt es oft: Du kannst jetzt schwimmen! Fachleute würden der Aussage nicht so ganz zustimmen, denn sie unterscheiden vier verschiedene Niveaustufen:

1 – Wassergewöhnung
2 – Grundfertigkeiten
3 – Basisstufe Schwimmen
4 – Sicher Schwimmen

Für das Seepferdchen muss ein Sprung vom Beckenrand und anschließend 25 Meter Schwimmen in einer Schwimmart in Bauch- oder Rückenlage gemeistert werden. Das Seepferdchen entspricht damit in etwa den Anforderungen der Grundfertigkeiten. „Sicher schwimmen“ entspricht etwa dem Deutschen Schwimmabzeichen in Bronze: Unter anderem müssen Prüflinge dafür nach einem Kopfsprung vom Beckenrand 15 Minuten in zwei verschiedenen Schwimmarten schwimmen.

Weitere Infos unter www.schulsport-nrw.de/schwimmfoerderung/schulschwimmpass-nrw-und-anfaengerzeugnis-seepferdchen.html

Erfolgsgeschichte „NRW kann schwimmen!“

Die Schwimmfähigkeit ist für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von besonderer Bedeutung, da sie Voraussetzung für viele Freizeitaktivitäten im und am Wasser ist (zum Beispiel Stand-up-Paddling, Angeln, Segeln, Surfen). Zugleich trägt sie zur gesunden physischen und psychischen Entwicklung bei und kann nicht zuletzt lebensrettend sein. Dieser besonderen Bedeutung wird im Schulsport Rechnung getragen, da das Schwimmen in den ersten Schuljahren verpflichtend unterrichtet werden muss.

Für Kinder, die trotz dieser intensiven Bemühungen im Schulsport zusätzliche Übung und Zuwendung benötigen, wurde das Landesprogramm „NRW kann schwimmen! Schwimmen lernen in den Ferien und in der Freizeit!“ entwickelt. Es wird unterstützt vom Ministerium für Schule und Bildung, der Staatskanzlei des Landes NRW (Sportabteilung), der Unfallkasse NRW, der AOK Rheinland/Hamburg, der AOK NORDWEST und dem Landessportbund NRW.

Zur Person:

- **Name:** Sibylle Wallossek
- **Alter:** 63
- **Ausbildung:** Lehramt Mathematik und Sport, EDV-Dozentin
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 15.05.2002
- **In welcher Funktion:** Stellvertretende Hauptdezernentin Dezernat 48, Sportdezernentin
- **Was ist meine Aufgabe:** Leiterin der Landesstelle für den Schulsport (NRW weit), Leiterin des Sportdezernats 48.05 (Förderung von überregional bedeutsamen Sportstättenbauten und Förderung von internationalen Sportveranstaltungen im Regierungsbezirk); Leiterin der Zuständigen Stelle für den Ausbildungsberuf Fachangestellte und geprüfte Meisterinnen und Meistern für Bäderbetreibe in NRW

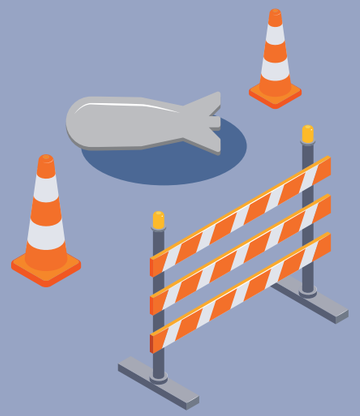
Dem Landesprogramm ging von 2009 – 2011 ein Projekt voraus, es wurde von 2012 – 2015 als Landesprogramm etabliert und dann für 2016 – 2020 verlängert. Ab dem Sommer 2019 wurde das Programm als Teil des Aktionsplans „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen 2019 bis 2022“ umgesetzt. Für die kommenden Jahre ist eine Fortführung des Landesprogramms beabsichtigt.

Im Rahmen des Programms werden Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 6, die noch nicht schwimmen oder noch nicht sicher schwimmen können, an den Schulen von den Lehrkräften angesprochen und können in den Oster-, Sommer- und Herbstferien an zweiwöchigen Schwimmkursen oder in ihrer Freizeit außerhalb der Ferien an Kompaktkursen teilnehmen (zehn Übungseinheiten an zehn Tagen, jeweils etwa 45 Minuten, Gruppengröße 8-12 Kinder). Der Eigenanteil beträgt pro Kind 10 Euro, das Land investiert pro Kurs 350 Euro. Die Kinder sind über die Unfallkasse NRW versichert.

Die Effektivität der Kurse wird durch einen Vor- und Nachtest mit acht Testübungen überprüft. Die Seepferdchenquote wurde in den rund 750 Kursen im Jahr 2022 von 16 Prozent (Ausgangswert) auf 65 Prozent (nach Kursende) gesteigert. Seit 2009 haben fast 52.200 Kinder an dem Programm teilgenommen. Bei den regelmäßigen Hospitationen zeigt sich die engagierte Arbeit der Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Die Kurse werden durch die gute Zusammenarbeit mit dem Schwimmverband NRW, mit der DLRG und mit dem DRK ermöglicht.

Weitere Infos unter www.schulsport-nrw.de/schwimmfoerderung/nrw-kann-schwimmen.html

Abteilung 2 der Bezirksregierung in Zahlen



14985 Luftbildauswertungen

3454 geborgene Kampfmittel

12 Landesflüchtlingseinrichtungen im Regierungsbezirk

8069 Plätze in Landeseinrichtungen im Regierungsbezirk

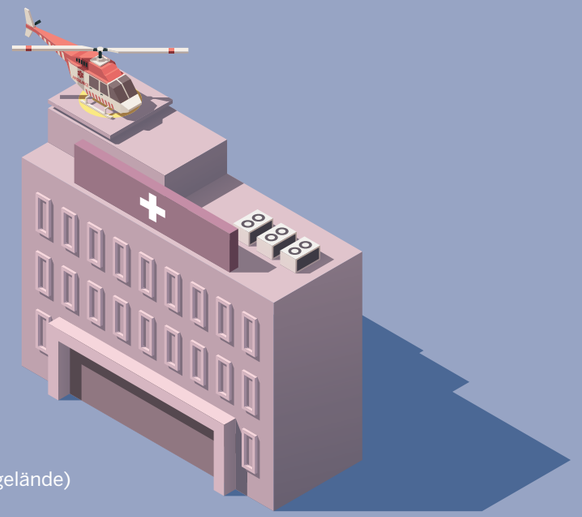
299680 erstellte Beihilfebescheide jährlich

1550 Aufsichten über Stiftungen

18 Mio € Förderungshöhe Nahmobilität

282 Mio. € Förderungshöhe Deutschlandticket 2023

179 Krankenhäuser (mit Betriebsstätten) im Regierungsbezirk



160 Flugplätze (inkl. Modellfluggelände) im Regierungsbezirk

57435 Zuverlässigkeitsüberprüfungen an Flughäfen

Die größte öffentliche Personalverwaltung Deutschlands

Interview mit Hauptdezernent Marco Hübl über die Aufgaben des Dezernats 47 für Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Schulen im Regierungsbezirk und warum Papierakten noch nicht Vergangenheit sind

Ihr Dezernat ist die größte öffentliche Personalverwaltung in Deutschland? Andere öffentliche Arbeitgeber haben aber doch bestimmt mehr Personal.

Natürlich gibt es Behörden, Körperschaften oder Verwaltungseinheiten – etwa die Bundeswehr – die mehr Mitarbeitende haben. Aber dort wird die Personalverwaltung dann auch an verschiedenen Standorten erledigt. Dezernat 47 ist Personalstelle für alle Beamten und Beschäftigten der öffentlichen Schulen im Regierungsbezirk mit Ausnahme eines Teils der an Grundschulen Beschäftigten. Das bedeutet, dass wir beispielsweise für rund 54.000 Lehrkräfte zuständig sind. So wurden 2022 weit mehr als zehntausend befristete Arbeitsverträge geschlossen oder verlängert. Und das sind nicht nur Lehrinnen und Lehrer, sondern zum Beispiel auch Schulsozialarbeitende, Schulpsychologinnen und -psychologen, Assistenzkräfte für die Verwaltungsarbeit der Schulen oder Seiteneinsteigende im Lehramt.

Wie viele Menschen arbeiten denn im Dezernat 47?

Rund 150.

Angesichts der Zahlen, die sie zuvor genannt haben, hätte man mehr Mitarbeitende erwartet. Wie funktioniert die Arbeit im Dezernat?

Zunächst mal muss bei uns jede und jeder eine hohe Eigenleistung aufbringen. Wer im „Dienst nach Vorschrift“ sein Ideal findet, wird bei uns nicht erfolgreich sein. Alle sind sehr motiviert, weil wir davon überzeugt sind, dass unsere Arbeit hohe gesellschaftliche Relevanz besitzt, denn Bildung ist wertvoll, und jedes Kind hat ein Recht auf gute Bildung. Dafür setzen wir uns ein. Und es ist ein tolles Gefühl, wenn wir unseren Aufgaben gut erledigen und wir von Schulleitungen oder Lehrkräften auch eine entsprechende Wertschätzung erfahren.

Bei so vielen Schulen und Lehrkräften ist das doch ein „Massengeschäft“.

Die rund 1400 Schulen im Regierungsbezirk sind nach Schulformen sowie kreisfreien Städten beziehungsweise Kreisen auf die jeweiligen Sachbearbeitungen verteilt. Eine Sachbearbeitung ist in der Regel für mehrere Schulen zuständig. Die Anzahl variiert je nach Schulform, da die einzelnen Schulen sehr unterschiedlich „groß“ sind. Die Mitarbeitenden wollen für „ihre“ Schulen das Beste erreichen, sie identifizieren sich stark mit ihren Aufgaben. So entstehen trotz der vielen Schulen starke Verbindungen.

Aber nur durch die hohe Motivation der Mitarbeitenden allein ist das doch trotzdem nicht alles zu bewerkstelligen.

Nein, da muss man natürlich auch auf organisatorischer Ebene gute Grundlagen schaffen. Es gibt im Dezernat beispielsweise seit Jahren ein gutes Wissensmanagement: Online stehen allen Mitarbeitenden hunderte von Dokumenten zur Verfügung, die für unsere Arbeit bedeutsam sind: Urteilssammlungen, Ablaufpläne für verschiedenen Verfahren, ausfüllbare Dokumente für standardisierte Prozesse. Das Rad muss ja nicht immer neu erfunden werden. Dadurch können wir effektiver arbeiten.

Zudem stimmen sich die zehn Dezernentinnen und Dezernenten eng untereinander ab. Die Zusammenarbeit ist in unserem Dezernat besonders intensiv, denn wir beschäftigen uns ja alle mit demselben Thema: Personalangelegenheiten der öffentlichen Schulen. In anderen Dezernaten sind die Aufgaben oftmals thematisch breiter gestreut. Der Output von Dezernat 47 ist aber auch das Gemeinschaftswerk der ganzen Schulabteilung. Das aus Sicht des Dezernates 47 verbindende Thema ist Schule, da ziehen alle an einem Strang. Aber wir haben auch viele sehr gute Schnittstellen über die Abteilung hinaus. So beispielsweise zum Team für Disziplinarverfahren in Dezernat 11. »

Es wird oft kritisiert, dass Behörden zu langsam sind. Wie schnell ist die Personalverwaltung?

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist für uns das oberste Ziel. Und deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, schnell zu sein. Unter anderem damit Stellen schnell ausgeschrieben werden und neu eingestellte Lehrkräfte schnell ihren Dienst an den Schulen antreten können. Aber manchmal liegt es nicht in unserer Hand, Verfahren zu beschleunigen. Etwa wenn wir für die Ausfertigung eines Einstellungsvertrags noch auf das Führungszeugnis der Person warten. Das muss von einer anderen Behörde zugeliefert werden. Ohne das Führungszeugnis dürfen wir – aus gutem Grund – den Vertrag für eine Lehrkraft nicht abschließen. Schulen und Lehrkräften bemängeln dann oft, dass wir nichts tun.

Es ist leider so, dass die Außenwahrnehmung unserer Arbeit oft defizitorientiert ist. Das ist aber auch klar, es geht ja bei den Betroffenen jeweils um die eignen höchstpersönlichen Belange. Selbstverständlich schaut da jeder besonders kritisch drauf.

Wer auf seinen Vertrag oder sein Geld warten muss, ist natürlich sauer. Wären Sie das nicht?

Wir bewegen viel. Und jede und jeder im Dezernat ist sich seiner Verantwortung bewusst. Unser Job ist es ja schließlich nicht, Parkbänke aufzustellen. Wenn da mal eine Bank an der verkehrten Stelle landet, ist das ärgerlich. Aber dann wird sie umgestellt, fertig. Wenn bei uns Fehler passieren, dann hat das für Betroffene eine andere Relevanz. Sei es, dass an einer Schule eine dringend benötigte Lehrkraft fehlt, eine Beförderung sich verzögert oder das Gehalt nicht überwiesen wird.

Natürlich passieren bei uns auch Fehler, das lässt sich nie ganz ausschließen. Aber wenn ich mal allein die gut 17.000 befristeten Arbeitsverträge vergangenes Jahr nehme: Bei einer angenommenen Fehlerquote von nur einem Prozent wären davon 170 Menschen betroffen. Nach meiner Wahrnehmung liegen wir aber eher darunter. Jedenfalls, wenn man sich das tatsächliche Beschwerdeaufkommen anschaut. Aber nochmals, jeder Fehler hat Auswirkungen für Betroffenen und ist deshalb ärgerlich. Selbstverständlich korrigieren wir dann umgehend und versuchen es beim nächsten Mal besser zu machen. Wenn etwas gut läuft, wird es als selbstverständlich angesehen, auch wenn wir dafür viele Hebel in Bewegung setzen mussten. Gerade deshalb ist uns und mir eine positive Fehlerkultur so wichtig. Menschen machen Fehler, aber die können wir dann auch fast immer gut korrigieren.

Manche Personalakten sind wenige Zentimeter dick, andere füllen ganze Postkisten.

Würde es nicht schneller gehen, wenn die Personalverwaltung stärker digitalisiert wäre? Es ist doch anachronistisch, dass sich auf den Schreibtischen des Dezernats immer noch die Personalakten in Papierform stapeln.

Da zeichnen Sie doch ein völlig falsches Bild! Ja, die Rechtsvorgaben sind so, dass wir die Personalakten in Papierform führen müssen. Aber das Anlegen einer Personalakte ist zunächst ja nur der Schlusspunkt eines längeren Prozesses von der Ausschreibung der Stelle über die Beteiligung der Personalräte bis hin zur Vertragsausfertigung. Das läuft zum Beispiel über die Anwendungen wie LEA und EMIL. Dank der Innovationskraft der Mitarbeitenden sind aber auch viele andere Schritte digitalisiert, wie beispielsweise die Beteiligung des Personalrates. Wir haben uns quasi mit Bordmitteln schon vor längerem auf den Weg in die digitale Welt gemacht.

Trotzdem: Die elektronische Akte gibt es doch in anderen Bereichen der Verwaltung. Warum nicht bei Ihnen?

Natürlich würden wir uns das auch wünschen, aber es ist nicht so einfach, wie man sich das vorstellt. Es gibt seit längerer Zeit ein landesweites Projekt zur Digitalisierung von Personalakten und zur Digitalisierung der Personalsachbearbeitung. Das System muss sehr hohe Anforderungen erfüllen, beispielsweise was die Datensicherheit, Archivierung und weitere rechtliche Vorgaben betrifft. Und: Es geht allein in unserem Dezernat um zehntausende Vorgänge pro Jahr. Wenn bei dieser Masse ein bestimmter Klick oder ein Standardprozess nur eine Sekunde länger dauert, ist das ein Problem. Ich lebe lieber weiter mit Papierakten, als mit einem nicht ausgereiften digitalen Verfahren zu arbeiten. Das würde viel mehr Verzögerungen mit sich bringen. Wo die Mitarbeitenden aber Potenziale für Digitalisierung sehen, versuchen wir auch schnell umzustellen.

Es gibt mehrere Webseiten im Schulbereich für Stellenausschreibungen, etwa VERENA, OLIVER, ANDREAS, LEO … Wieso sind die alle nach Vornamen benannt?

Ja, das sorgt immer wieder für Lacher … Warum sie so heißen, kann ich nicht sagen. Es sind landesweite Internetseiten des Schulministeriums. Vielleicht hat man gedacht, dass sich Lehrkräfte beruflich bedingt Vornamen gut merken können? Tatsächlich stehen die „Namen“ für Abkürzungen. LEO bedeutet beispielsweise Lehrereinstellung-Online. »

Zur Person:

- **Name:** Marco Hübl
- **Alter:** 46
- **Ausbildung:** Bankkaufmann und Jurist
- **Bei der Bezirksregierung seit:** von 2010 bis 2014 als Dezernent u.a. in den Dezernaten 47 und 52, wieder in Dezernat 47 seit 2021
- **In welcher Funktion:** Hauptdezernent 47
- **Was ist meine Aufgabe:** Zusammen mit Kolleginnen und Kollegen des Dezernates 47 dafür sorgen, dass das Personal für die öffentlichen Schulen „verwaltet“ wird. Das umfasst alles von der Einstellung bis zum Berufsende. Wir beraten viel. Wenn es sein muss, füllen wir aber auch das Wort Schulaufsicht mit Leben.

Aufgaben des Dezernats 47

- Einstellungsverfahren für Lehrkräfte und anderem schulischem Personal an den öffentlichen Schulen (z.B. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen, Fachkräfte in multiprofessionellen Teams)
- Befristete Einstellungen (Übernahme des Verwaltungsmanagements für die einstellenden Schulen, teilweise Prüfung der Geeignetheit, Vertragsmanagement)
- Bearbeitung und Entscheidung von beamten- und arbeitsrechtlichen Personalangelegenheiten wie beispielsweise: Beförderungen, Elternzeit, Teilzeitanträge, Versetzungen, Abordnungen, Schwerbehindertenangelegenheiten, Pensionierungen bzw. Anträge auf Zurruhesetzung oder Entlassung, (fristlose) Kündigungen und vieles mehr
- Durchführung der entsprechenden personalrechtlichen Verfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz NRW, Beteiligung und vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht nur mit den Personalratsgremien der Schulformen, sondern auch mit den Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen der jeweiligen Schulformen
- Durchführung von Verfahren des Betrieblichen Eingliederungsmanagements
- Durchführung von verwaltungsgerichtlichen und arbeitsgerichtlichen Verfahren
- Aufsicht über die 15 Schulämter im Regierungsbezirk

„Wir haben abends wirklich etwas geschafft“

Johanna Oostendorp und Kathrin Michels haben sich als junge Regierungsinspektorinnen für das Dezernat für Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Schulen entschieden

Bereits während ihres dreijährigen Dualen Studiums Bachelor of Laws bei der Bezirksregierung haben Kathrin Michels und Johanna Oostendorp einen Praxisabschnitt in Dezernat 47 absolviert. Als Regierungsinspektorinnen sind sie dann voll in die Aufgaben des Dezernats eingestiegen. „Schon in der Praxisphase konnte ich hier schnell selbstständig arbeiten, also quasi direkt mit anpacken. Das hat mir gefallen“, erklärt Oostendorp. Michels stimmt ihr zu und ergänzt: „Hier arbeiten alle eigeninitiativ, und die Dienstwege sind in Situationen, die es erfordern, kurz. Dadurch können wir auf Veränderungen flexibel reagieren. Etwa wenn plötzlich ukrainische Lehrkräfte eingestellt werden oder viele Stellen für Vertretungslehrkräfte zu besetzen sind, weil das Land entsprechende Mittel zur Verfügung stellt.

Dezernat 47 sorgt unter anderem dafür, das neu eingestellte Lehrkräfte möglichst schnell an den Schulen starten können.

Beide betonen, dass das „super Team“ im Dezernat ein großer Pluspunkt ist. Es sei eine gute Mischung aus jüngeren und erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, alle unterstützten sich gegenseitig beispielsweise bei besonders hohem Arbeitsaufkommen. Dass das Pensum herausfordernd ist, bestätigen die beiden Mitarbeiterinnen. „Es ist viel zu tun“, sagt Michels, „aber uns ist auch klar, dass es um Menschen geht. Dass etwa Lehrkräfte auf ihre Verträge warten, dass Schulen gegen Unterrichtsausfall kämpfen. Diese Umstände motivieren einen.“ Und Oostendorp schildert: „Man muss bei seinen Aufgaben täglich Prioritäten setzen, sonst klappt es nicht. Aber im Gegenzug erfahren wir auch Wertschätzung und Dankbarkeit, wenn wir den Lehrkräften kurzfristig etwa mit der Genehmigung von Elternzeiten oder Teilzeiten weiterhelfen können. Oder wenn Schulleitungen sich freuen, dass eine Lehrkraft möglichst schnell an ihrer Schule anfangen kann, weil wir den Vertrag schnell erstellt haben.“ Es sei schön, helfen zu können und zu sehen, dass ihre Arbeit Wirkung zeige, sagen beide und bringen es gemeinsam auf den Punkt: „Wir haben abends wirklich etwas geschafft.“ »

Zu den Personen:

- **Name:** Kathrin Michels
- **Alter:** 24
- **Ausbildung:** Bachelor of Laws (staatlicher Verwaltungsdienst)
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2018
- **In welcher Funktion:** Anwärterin und Regierungsinspektorin
- **Was ist meine Aufgabe:** Personalangelegenheiten für Lehrkräfte an Berufskollegs

- **Name:** Johanna Oostendorp
- **Alter:** 24
- **Ausbildung:** Bachelor of Laws (staatlicher Verwaltungsdienst)
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2018
- **In welcher Funktion:** Anwärterin und Regierungsinspektorin
- **Was ist meine Aufgabe:** Personalangelegenheiten für Lehrkräfte an Haupt-, Förder- und Klinikschulen

Danach gefragt, was sie an ihrer Arbeit außerdem schätzen, berichten sie vom ständigen Austausch mit anderen Menschen innerhalb des Hauses aber auch mit Schulen und Schulämtern. Und ihre Aufgaben seien sehr abwechslungsreich. Neben der Sachbearbeitung gehören im gehobenen Dienst auch zum Beispiel Klageverfahren und Widersprüche dazu. „Gerade, wenn ich etwa an einer Klageerwiderung sitze, ist es gut, dass wir auch im Homeoffice arbeiten können“, erklärt Oostendorp. „Stimmt, da kann man konzentriert arbeiten und wird nicht durch das alltägliche Bürogeschäft unterbrochen“, ergänzt Michels. Als Voraussetzung für eine Mitarbeit im Dezernat 47 nennen sie Aufgeschlossenheit, Flexibilität und Engagement.

Zudem sollte man sich selbst und seine Arbeit gut organisieren und mit Menschen umgehen können. Beide wollen ihren beruflichen Weg in der Verwaltung fortsetzen und wünschen sich für die Zukunft das, was sie bereits aus dem Dualen Studium kennen: Berufsbegleitende Wege zu weiteren Karriereschritten.

Waldapotheke mit Kräutern und Tinkturen

Fachkunde fehlt: Pharmazeuten des Dezernats 24 gehen gegen illegale Produktion und Abgabe von „Medizin“ vor

Außeneinsätze sind für das „Gesundheitsdezernat“ 24 der Bezirksregierung Düsseldorf alltäglich, aber ein dienstlicher Einsatz im Wald ist auch für die Kolleginnnen und Kollegen, die für die Arzneimittelüberwachung zuständig sind, ungewöhnlich. Im März wurden sie durch das Gesundheitsamt Mettmann und das Ordnungsamt der Stadt Wülfrath zu Hilfe gerufen: In einem Wald bei Wülfrath fanden sie eine wetterfest gemachte Abgabestelle für diverse Tinkturen, die offenkundig durch einen Laien hergestellt, verpackt und gekennzeichnet worden waren. Unter Angabe einer Indikation sowie diversen Heilversprechen wurden sie gegen eine Spende angeboten. »

An einem improvisierten Verkaufsstand wurden Waldspaziergängern Tinkturen angeboten.

Zur Person:

- **Name:** Sebastian Vomweg-Krystofiak
- **Alter:** 36
- **Ausbildung:** Pharmaziestudium
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2019
- **In welcher Funktion:** pharmazeutischer Dezernent
- **Was ist meine Aufgabe:** Überwachung von Arzneimittelgroßhändlern, -herstellern und klinische Prüfungen nicht-zugelassener Arzneimittel

In unmittelbarer Nähe des provisorisch gezimmerten Holzstands befand sich die Herstellstätte in einem maroden, barackenartigen Gebäude. Die Pharmazeutinnen und Pharmazeuten der Bezirksregierung kontrollierten die Stätte, in der die Herstellung zu diesem Zeitpunkt jedoch ruhte. Eine Ernte von Arzneipflanzen im Wald war aufgrund der Jahreszeit nicht möglich. In dem Gebäude wurden jedoch diverse Pflanzensetzlinge herangezogen und es wurde deutlich, dass vor Ort auch Arzneipflanzen für die spätere Verarbeitung gezüchtet wurden. An mehreren Stellen befanden sich Lagerplätze für verschiedene Tinkturen in unterschiedlichen Mengen, die deutlich machten, dass auf Vorrat produziert wurde.

Für die Kontrollierenden war unstrittig, dass die Zustände in dem Gebäude in keiner Weise steril und in jeder Hinsicht ungeeignet für eine Herstellung gleichwelcher Arzneimittel waren, zumal dem Herstellenden, den offenbar die Heil- und Kräuterkunde der Hildegard von Bingen zum Anbau der Pflanzen und zur Herstellung der Tinkturen inspiriert hatte, die Sachkunde fehlte.

Das hatte Konsequenzen: Direkt vor Ort wurde ihm die weitere Herstelltätigkeit mündlich untersagt und die sofortige Vollziehung angeordnet. Zusätzlich wurde Strafanzeige gestellt.

Bezirksregierung unterstützt Schulen bei Erasmus+ Projekten

Schulen in herausfordernden Lagen haben oft wenig Ressourcen für internationale Begegnungen. Die Bezirksregierung kann sie jetzt noch intensiver dabei begleiten.

Es ist geschafft: Das Team der Bezirksregierung Düsseldorf, das für den internationalen Austausch von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern in ganz Nordrhein-Westfalen zuständig ist, wurde als Konsortialführer für das europäische Erasmus+ Programm akkreditiert. „Insgesamt hat dieser Prozess rund zwei Jahre in Anspruch genommen“, erklärt Sabine Nemec, die Leiterin des zuständigen Teildezernats 43.03. Es mussten zunächst die personellen Strukturen innerhalb der Behörde geschaffen und Abläufe festgelegt werden. Dann wurden die Unterlagen für die Akkreditierung zusammengestellt. Es waren zahlreiche Dokumente, Formulare, Förderrichtlinien und Fragenkataloge zu bearbeiten. „Der Aufwand hat sich gelohnt“, erklärt Nemec. „Denn nun können wir Schulen, die aufgrund ihres Standortes oder der Zusammensetzung der Schülerschaft vor besonderen Herausforderungen stehen, viel intensiver und direkter unterstützen, wenn sie erstmals Erasmus+ Projekte mit europäischen Schulen durchführen möchten.“

Zusammen mit zunächst sechs Schulen bildet das Erasmus+ Team der Bezirksregierung als Pilotprojekt ein Konsortium. Eine Erweiterung mit ausgewählten Schulen ist in Planung. Zur Auftaktveranstaltung 2023 hatten die Lehrkräfte und Schulleitungen zahlreiche Ideen und Fragestellungen mitgebracht, die gemeinsam mit dem Erasmus+ Team der Bezirksregierung Düsseldorf und zwei Kolleginnen vom Erasmus+ Netzwerk NRW praxisnah und lösungsorientiert bearbeitet wurden. »

Erstes Treffen des Erasmus+ Teams der Bezirksregierung mit den zunächst sechs teilnehmenden Schulen.

Als Konsortialführer entlastet das Team der Bezirksregierung die Schulen vor allem durch Beratung und Übernahme von Verwaltungsaufgaben bei der Durchführung des Erasmus+ Programms: Von der Antragstellung über den Vertragsabschluss und die finanzielle Abwicklung mit der Nationalen Agentur Pädagogischer Austauschdienst (NA PAD) bis zur Beratung bei der Planung und Durchführung von Projekten. Die zentrale Aufgabe der Schulen, die an Erasmus+ teilnehmen, ist die Planung und Durchführung der Aktivitäten für die Schülerschaft und das Personal. Darüber hinaus haben sie Verpflichtungen wie etwa Berichte anzufertigen, Nachweise zu erbringen oder die Sicherung von Qualitätsstandards. Regelmäßig müssen Fristen eingehalten werden. „Wir begleiten die Schulen durch das Programm und stehen immer als Ansprechpartner zur Verfügung“, beschreibt Nemec. Nach zwei Jahren sollen sich die am Projekt teilnehmenden Schulen selbst akkreditieren, damit das Erasmus+ Team der Bezirksregierung andere ausgewählte Schulen unterstützen kann.

Erasmus+ fördert als Bildungsprogramm der Europäischen Union länderübergreifende Projekte. Im Programmzeitraum 2021 bis 2027 stehen folgende Ziele im Mittelpunkt:

- Inklusion und Vielfalt
- Digitaler Wandel
- Ökologische Nachhaltigkeit und Verantwortung
- Politische Bildung und Teilhabe am demokratischen Leben

Im Rahmen von Erasmus+ führen Schulen Projekte durch, die langfristig zur Internationalisierung der Schule beitragen und die Ziele von Erasmus+ umsetzen. Und das bezieht sich nicht nur auf die Schülerschaft, sondern auch auf die Lehrkräfte.

Die zwei ehemaligen deutschen Fremdsprachenassistenzkräfte Joschka Niemann und Greta Lassen haben in Neuseeland für den Schüleraustausch mit NRW geworben.

Wo liegt Nordrhein-Westfalen? Schülerinnen in Neuseeland suchen im Rahmen des Projekts Kiaora NRW das Bundesland auf der Landkarte.

Weitere Informationen zu Erasmus+

Studierende als Botschafter für NRW in Neuseeland

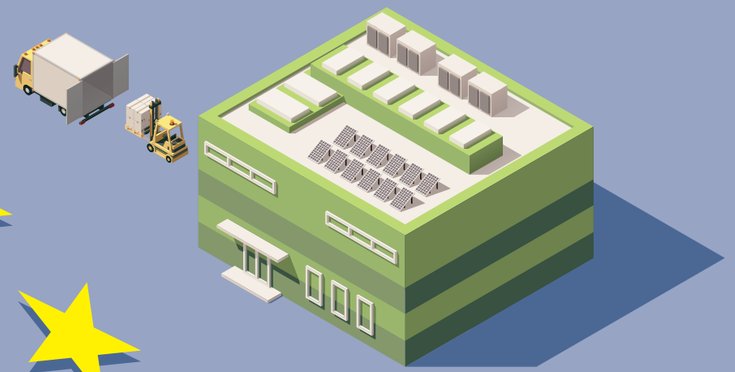
Das Teildezernat - Internationaler Austausch - koordiniert nicht nur Programme für Schülerinnen und Schüler, sondern betreut auch das internationale Programm der Fremdsprachenassistenzkräfte (FSA). Im Rahmen dieses Programms können Studierende aus NRW Unterrichtserfahrungen an Schulen im Ausland sammeln und als Muttersprachlerinnen und -sprachler im Deutschunterricht mitwirken. Gleichzeitig kommen in jedem Jahr bis zu 200 Studierende aus anderen Ländern nach NRW, um im Fremdsprachenunterricht zu unterstützen und unter anderem das deutsche Schulsystem kennenzulernen. Dafür erhalten sie ein Stipendium des Landes NRW.

Und manchmal werden Fremdsprachenassistenzkräfte auch zu Botschaftern für NRW: Im Rahmen des Projekts „Kia Ora NRW“ („Kia Ora“ ist eine allgemeine Grußformel in der Sprache der Maori“) haben die zwei ehemaligen deutschen Fremdsprachenassistenzkräfte Greta Lassen und Joschka Niemann ihren Aufenthalt in Neuseeland verlängert und an neuseeländischen Schulen mit viel Anschauungsmaterial und Begeisterung das Interesse für Deutschland und natürlich NRW geweckt. Ziel des Projekts war es, Schülerinnen und Schüler für das individuelle Austauschprogramm zwischen NRW und Neuseeland zu gewinnen, das in jedem Jahr in beiden Ländern angeboten wird. Im Rahmen dieses Programms können sich Schülerinnen und Schüler bewerben und – wenn sie ausgewählt werden – an einem etwa zweimonatigen Austausch auf Gegenseitigkeit mit Schulbesuch und Aufenthalt in einer Gastfamilie teilnehmen.

Abteilung 3 der Bezirksregierung in Zahlen

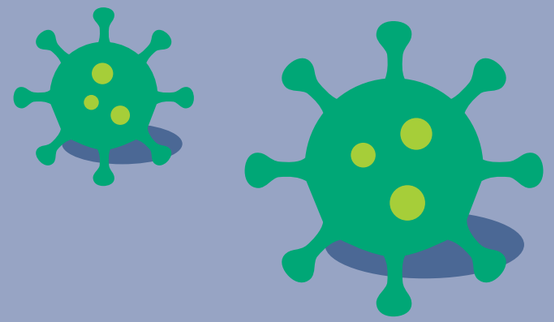
678 Mio. € Wirtschaftsförderung
mit EU-Mitteln aus dem EFRE

31
Bodenordnungsverfahren



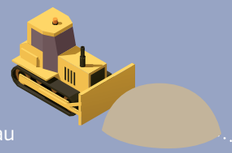
178 Mio. €
Wiederaufbauhilfe

1,5 Mrd. €
an Auszahlung von Corona-Soforthilfen
im Regierungsbezirk



680 Mio. €
Arbeitsmarktpolitische Förderung
mit EU-Mitteln aus dem ESF

220 Mio. €
Fördersumme Breitbandausbau



4,3 Mrd. € an Auszahlung
von Anträgen der Überbrückungshilfe
(November-Dezemberhilfe)

269 Mio. €
Fördersumme DigitalPakt Schule NRW

Was macht eigentlich die Preisüberwachungsstelle?

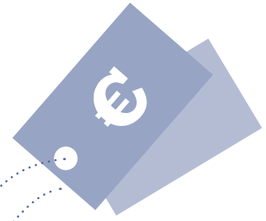
Die Bezirksregierung sorgt als neutraler Gutachter für Fairness.

Was haben großkalibrige Rohrwaffenmunition und Nasenspray gemeinsam? Nun, beides muss von der Bundeswehr beschafft werden, damit „die Truppe“ ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen kann.

Sobald die öffentliche Hand bei Unternehmen im Regierungsbezirk Düsseldorf einkaufen geht, könnte es sein, dass die Preisüberwachungsstelle im Dezernat 34 auf den Plan gerufen wird. Aufgabe der Preisüberwachungsstelle ist es, die Preise, die Auftragnehmer öffentlicher Aufträge fordern, auf ihre Zulässigkeit hin zu überprüfen. Dabei geht es dann nicht um die medizinische Prüfung des Nasensprays, sondern um die Frage, ob der Preis angemessen ist.

Öffentliche Aufträge, die hoheitlich von der Preisüberwachungsstelle geprüft werden können, sind Aufträge über Lieferungen und Leistungen (mit Ausnahme von Bauleistungen) des Bundes, der Länder, der Kommunen und sonstiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts.

Auf dem Markt, auf dem öffentliche Auftraggeber und Auftragnehmer zusammentreffen, herrschen häufig besondere Auftragsverhältnisse. Die oft ungleiche Verteilung der Marktmacht liegt darin begründet, dass ganz besondere Waren und Leistungen gehandelt werden, für die nur eine begrenzte Zahl an Anbietern oder Nachfragern existiert. Deshalb unterliegen die öffentlichen Aufträge dem Preisrecht, das als konkrete Rechtsgrundlage in den Bestimmungen der Verordnung PR Nr. 30/53 mit den zugehörigen Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP) ausgestaltet ist. Höhere Preise als die, die nach dieser Verordnung zulässig sind, dürfen nicht vereinbart werden.



Die Preise für Lieferungen und Leistungen dürfen höchstens den üblicherweise auf dem Markt – unter normalen Wettbewerbsbedingungen – erzielten Preisen entsprechen. Können keine Marktpreise festgestellt werden, sind die preisrechtlich zulässigen Preise nach den wirtschaftlich angemessenen Selbstkosten des Auftragnehmers zu ermitteln. Die Besonderheiten des Marktes öffentlicher Aufträge sollen nicht dazu führen, dass eine der beiden Vertragsparteien benachteiligt wird.

Die Preisprüferinnen und Preisprüfer verstehen ihre Aufgabe als neutrale Gutachter zwischen öffentlichen Auftraggebern und Auftragnehmern und helfen sicherzustellen, dass zum einen die öffentliche Hand keine überhöhten Preise zahlt, zum anderen die Auftragnehmer angemessene Preise für ihre Leistungen erhalten können.

Die Prüfung der Preise bei öffentlichen Aufträgen obliegt den Preisüberwachungsstellen der Bundesländer. Die Preisüberwachungsstellen werden üblicherweise von den öffentlichen Auftraggebern um Durchführung der preisrechtlichen Prüfungen ersucht, können aber aufgrund ihrer hoheitlichen Zuständigkeit auch eigeninitiativ tätig werden. Für die Durchführung der Preisprüfungen bei den im Regierungsbezirk Düsseldorf ansässigen Auftragnehmern, sofern hier auch ihr Rechnungswesen ist, ist die Preisüberwachungsstelle im Dezernat 34 der Bezirksregierung Düsseldorf zuständig.

Im Rahmen der Prüfung werden in Abhängigkeit von der erbrachten Leistung alle erforderlichen betrieblichen Unterlagen (wie z. B. Vergleichsumsätze, Preiskalkulationen, Jahresabschlüsse, Kostenrechnung) der Auftragnehmer eingesehen und beurteilt, die für den Nachweis der geforderten Preise erforderlich sind. Nach erfolgter Prüfung wird i. d. R. ein Prüfungsbericht in Form eines preisrechtlichen Gutachtens erstellt, in dem der jeweils höchstzulässige Preis festgestellt wird. Soweit ein Auftragnehmer höhere Preise als die festgestellten zulässigen Preise verlangt, hat der öffentliche Auftraggeber auf Grundlage des Prüfungsberichts die zivilrechtliche Möglichkeit, die Preisdifferenz vom Auftragnehmer als ungerechtfertigte Bereicherung zurückzufordern.

Im Jahr 2023 wurden öffentliche Aufträge mit einem Volumen von rund 60 Mio. € preisrechtlich geprüft. Dabei handelte es sich überwiegend um Aufträge der Bundeswehr an Unternehmen, insbesondere für die Lieferung und Entwicklung von wehrtechnischen Produkten und IT-Leistungen. Darüber hinaus wurden u. a. Preisprüfungen verschiedener Dienstleistungsaufträge, die das Land NRW an Dritte vergeben hat, durchgeführt und Aufträge von Kommunen an Abfallentsorgungsunternehmen geprüft. »

Zur Person:

- **Name:** Martin Zumbé
- **Alter:** 40
- **Ausbildung:** Studium Wirtschafts- und Steuerrecht
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2019
- **In welcher Funktion:** Fach-Dezernent
- **Was ist meine Aufgabe:** Preisprüfung, hausweite betriebswirtschaftliche Stellungnahmen, betriebswirtschaftlicher Teil der Versicherungsaufsicht

Neben der Prüfung einzelner, konkreter Aufträge werden zudem die Kostenrechnung von Unternehmen unter die Lupe genommen, die regelmäßig öffentliche Aufträge zu Selbstkostenpreisen ausführen, um preisrechtlich zulässige Verrechnungs- und Zuschlagssätze für die Preiskalkulationen festzustellen. Dies hat gleichzeitig die vorbeugende Wirkung, dass schon bei der Angebotsabgabe überhöhte Preisforderungen der Auftragnehmer möglichst vermieden werden. Zudem führt es zur Kalkulationssicherheit bei den Unternehmen.

Insgesamt wurden in 2023 Preiskürzungen bei den Auftragnehmern öffentlicher Aufträge von rund 4,8 Mio. € durch die Preisprüferinnen und Preisprüfer der Bezirksregierung Düsseldorf ermittelt. Die Preisüberwachungsstellen tragen durch ihre Arbeit zur Einsparung von Haushaltsmitteln bei und leisten somit auch einen wichtigen Beitrag zu einem ordnungsgemäßen Umgang mit Steuermitteln.

Betriebswirtschaftliche Stellungnahmen für diverse Dezernate der Bezirksregierung Düsseldorf sind ein weiteres Aufgabengebiet, welches die Preisprüferinnen und Preisprüfer des Dezernats 34 wahrnehmen. Hier unterstützen sie andere Dezernate/Abteilungen des Hauses u. a. durch die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Unternehmen bei ihrer Entscheidungsfindung. Als Beispiele sind hier Stellungnahmen zu Deponiebetreibern, Abfallentsorgern, Flughäfen und anderen Verkehrsdienstleistern oder auch laufenden Beschaffungsverträgen der Bezirksregierung zu nennen.

Wie eine Fortbildung für Schulleitungen zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt

Einblicke in ein neues Fortbildungskonzept, das in Kooperation mit der Wübben Stiftung Bildung erprobt wurde und fortgeführt wird

Visionen „guter Schule“ wurden von den teilnehmenden Schulleitungen auch mit kreativen Methoden erarbeitet und dargestellt.

Lautes Hämmern ertönt. „Hilf mir mal“–eine Leinwand wird auf einen Holzrahmen gespannt. Erste Pinselstriche, zarte und kräftige Farben, Innehalten und leise Beratung. Am Ende von zwei intensiven Tagen findet eine Ausstellung von 25 großformatigen Bildern statt –allesamt Visionen „guter Schule“ von Schulleitungen an Schulen in herausfordernder Lage.

„Brennpunktschulen“‘ werden sie genannt. Schulen, deren Schülerinnen und Schüler von einer Reihe ungünstiger Lernvoraussetzungen betroffen sind: Armut, mangelnde Sprachkompetenzen, geringer Bildungsbezug, Migration, kritische und zum Teil traumatische Lebensereignisse. Schulleitungen an Brennpunktschulen haben überdurchschnittlich mit Personalmangel und ungenügender Ausstattung an ihren Schulen zu kämpfen. »

Eine Vier-Felder-Matrix wird auf dem Bildschirm eingeblendet: einfach –kompliziert –komplex –chaotisch. Die Schulleitungen diskutieren in der Videokonferenz, welche schulischen Situationen sich den vier Feldern zuordnen lassen. Welche Problemlösungsstrategien passen zu den vier Situationen und was bedeutet das für das Führungshandeln? Die eigenen Arbeitsweisen zu hinterfragen und zu reflektieren führt zu neuen Handlungsmöglichkeiten: best practice - good practice - emergent practice - novel practice.

Schulleitungen stellen einen zentralen Einflussfaktor für die Bildung von Schülerinnen und Schülern dar: indirekt, aber höchst wirksam. Die Bildungsbiographien von Kindern und Jugendlichen mit ungünstigen Lernvoraussetzungen können nachweislich durch die Institution Schule positiv beeinflusst werden. Studien zeigen auf, dass insbesondere Schulen in herausfordernden Lagen mit gezielter Unterstützung und einer Aufstockung von Ressourcen der sogenannte „Turnaround“ gelingt.

Regelmäßige Treffen und intensive Zusammenarbeit in der Gruppe der teilnehmenden Schulleitungen stärkt das Netzwerk.

Lebhafte Gespräche füllen den Raum. Der per Videokonferenz zugeschaltete Referent hat Impulse zur Gestaltung von Digitalisierungsprozessen in Schulen gegeben. Wie kann Schule im Zeitalter der Digitalität zukunftsorientiert gestaltet werden? Wie kann neu gedacht und entwickelt werden in Zeiten fortwährender, auch disruptiver Veränderung? Elemente des agilen Projektmanagements werden in Beziehung zum Gehörten gesetzt, neue Formen der Zusammenarbeit diskutiert, konkrete Schulentwicklungsprojekte erarbeitet und in den Schulen umgesetzt.

Das Fortbildungsprogramm „Impakt Schulleitung digital“, ein Projekt des Dezernats 46 Lehrkräftefortbildung der Bezirksregierung in Kooperation mit der Wübben Stiftung Bildung in den Jahren 2019 bis 2023, wurde aufgrund der Corona-Pandemie überwiegend als Distanzformat konzipiert und durchgeführt. Unvorhergesehen entwickelte sich das Projekt zu einem wichtigen Experiment für digitales Lehren und Lernen für alle Beteiligten. Auswahl und Nutzung von digitalen Tools, didaktisch-methodische Fragen sowie Beziehungsgestaltung im digitalen Raum stellten Herausforderungen dar, die es gemeinsam zu lösen galt.

Schwerpunkte des Programms waren „mich selbst führen –mein Team führen –meine Schule führen“ in Verzahnung mit den Themen Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung und Demokratiebildung. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse bilden sich stets auch in Schulen ab, und Schulleitungen sind gefordert mit ihren Kollegien den Wandel zu gestalten –zum Beispiel Schülerinnen und Schüler vorzubereiten auf eine neue, unbekannte Arbeitswelt, ihnen demokratisches Handeln und positive Erfahrungen demokratischer Prozesse zu ermöglichen. In einem Zeitraum von zwei Jahren arbeiteten die teilnehmenden Schulleitungen in unterschiedlichen Formaten (Netzwerktreffen, Masterteam, Coaching-Circle) in Präsenz und in Distanz und führten ein Schulentwicklungsprojekt durch. In den Schulen wurden sie von Schulentwicklungsberaterinnen und -beratern begleitet, und alle Schulleitungen erhielten ein Einzel-Coaching. Der Austausch mit den jeweils zuständigen schulfachlichen Aufsichten fand im Rahmen des „Forums Schulaufsicht“ angeregt statt.

Ein fantastisches Gebilde aus Legosteinen, Federn, Knetgummi und Papier entsteht. Gelächter. Die bunten Kollagen werden in einem Rundgang vorgestellt, die große Industriehalle vibriert vor Energie. Die Kollagen stellen jeweils ein Vorhaben zur Verbesserung von Bildungsgerechtigkeit dar, erdacht von unterschiedlichen Bildungsakteuren. Die agile Methode „Design Thinking“ ermöglicht den übergreifenden, kreativen und zielgerichteten Dialog, um konkrete, neue Projekte zu entwickeln. Der Austausch möglichst vieler unterschiedlicher Perspektiven steht im Fokus der Methode. So waren neben den am Programm teilnehmenden Schulleitungen Personen aus der Wissenschaft, der Bildungsverwaltung, anderen Bundesländern oder Stiftungen eingeladen.

Das ursprünglich aus der Softwareindustrie stammende Konzept der Agilität entwickelte sich Verlauf des Fortbildungsprojekts zu einem Leitgedanken. Wenn die nahe Zukunft ungewiss und Führungskräfte im Modus der Veränderung handeln müssen, gilt es schnell, »

Regierungspräsident Thomas Schürmann (vorne rechts) und Dr. Markus Warnke, Geschäftsführer der Wübben Stiftung Bildung (vorne links), unterzeichneten den Kooperationsvertrag für die Verstetigung des Fortbildungsprogramms. Hintere Reihe (v.l.): Dr. Natalie Schick, Fachleiterin für Lehrkräftefortbildung des Dezernats 46, Abteilungsdirektor Thomas Hartmann und Dr. Sebastian Konietzko, Projektleiter Wübben Stiftung Bildung

partizipativ, kooperativ und experimentierend zu agieren. Die Anwendung agiler Methoden wurde erprobt, das „agile mindset“ als spezifische (Führungs-)Haltung reflektiert. Direkt ins Tun kommen, Fehler als Entwicklungschance verstehen, ergebnisorientiert arbeiten und in Feedback-Runden Arbeitsprozesse und Ergebnisse reflektieren –die agilen Elemente wurden nicht nur von den Teilnehmenden erprobt, sondern auch im Projektteam der Wübben Stiftung Bildung und des Dezernats 46 gelebt. So wurden die Inhalte und Methoden, die einzelnen Veranstaltungen der Langzeitfortbildung, passgenau an den Bedarfen der Teilnehmenden ausgerichtet und im Prozess (weiter-) entwickelt.

Auftaktveranstaltung im digitalen Raum: Die Kacheln auf dem Bildschirm werden mit einem Klebezettel verdeckt. Die Teilnehmenden der Videokonferenz sehen einen schwarzen Bildschirm. Ein Zettel wird entfernt und eine Kachel sichtbar: „Ich heiße…“. Es stellen sich vor: die Projektleitung der Wübben Stiftung Bildung, Dr. Sebastian Konietzko, die Fachleitung im Dezernat 46, Dr. Natalie Schick, die Moderatorinnen und Moderatoren, die Coaches, die Schulentwicklungsberaterinnen und Schulentwicklungsberater, die teilnehmenden Schulleiterinnen und Schulleiter. In verschiedenen „Räumen“ kommt man anhand von Impulsen ins Gespräch, mit Hilfe eines digitalen Tools „wandert“ man danach selbstgesteuert durch ein digitales Wohnzimmer und kann sich begegnen und plaudern, abschließend werden Themen auf einem digitalen Whiteboard gesammelt.

Impakt Schulleitung digital war in vielerlei Hinsicht „wirksam“: Erkenntnisse und „Learnings“ auf Ebene der Beteiligten, Erweiterung des Angebotsportfolios für schulische Führungskräfte im Regierungsbezirk Düsseldorf, Verbreitung der erarbeiteten Konzepte rund um Digitalisierungsprozesse und Agilität im länderübergreifenden Zusammenhang durch die Wübben Stiftung Bildung zeigen die weitreichende Wirksamkeit in Folge des Kooperationsprojekts auf. Impakt Schulleitung digital stellt damit ein Beispiel gelungener Kooperation dar.

Im August 2023 unterzeichnen Regierungspräsident Thomas Schürmann und Dr. Markus Warnke, Geschäftsführer der Wübben Stiftung Bildung, einen weiteren Kooperationsvertrag. Das innovative Fortbildungsprogramm Impakt Schulleitung digital wird in das Angebotsportfolio des Dezernats 46, Lehrkräftefortbildung der Bezirksregierung Düsseldorf übernommen – unter neuem Namen: „Im FOKUS: Bildungsgerechtigkeit – Schulleitungen stärken, Perspektiven entwickeln“ wird es heißen. Die Wübben Stiftung Bildung begleitet den Transfer mit Qualifizierungsangeboten für die Moderatorinnen und Moderatoren hinsichtlich der besonderen Bedarfe von Schulen in herausfordernden Lagen und der Organisation von Netzwerktreffen von teilnehmenden Schulleitungen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Das Angebot für Schulleitungen an Schulen in herausfordernden Lagen im Regierungsbezirk wird damit um eine Langzeitfortbildung „aus einem Guss“ erweitert, die ab 2024 für neue teilnehmende Schulleitungen offensteht. »

Zur Person:

- **Name:** Natalie Schick
- **Alter:** 50
- **Ausbildung:** Lehrerin
- **Bei der Bezirksregierung seit:** September 2014
- **In welcher Funktion:** Fachleiterin für Lehrkräftefortbildung im Teildezernat 46.3
- **Was ist meine Aufgabe:** Schwerpunkte sind Leitungsqualifizierung, Schulentwicklungsberatung und Supervision

Zur Person:

- **Name:** Kirsten Maria Küpper
- **Alter:** 59
- **Ausbildung:** Lehrerin
- **Bei der Bezirksregierung seit:** Februar 2021
- **In welcher Funktion:** Fachleiterin für Lehrkräftefortbildung 46.3
- **Was ist meine Aufgabe:** Schwerpunkte sind Leitungsqualifizierung und Schulentwicklungsberatung

Transformation der Wiedergutmachung

Mitwirkung der Bezirksregierung Düsseldorf beim Aufbau eines Themenportals zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts

Im Rahmen der Folgeaufgaben der Wiedergutmachung stellt der Auf- und Ausbau des Themenportals zur Sichtbarmachung des Dokumentenerbes der Wiedergutmachungsakten für den Bund einen zentralen Baustein dar. Die Bezirksregierung Düsseldorf darf an dieser Folgeaufgabe mitwirken.

70 Jahre nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens (1952) und des Inkrafttretens des Bundesentschädigungsgesetzes (1953) befinden wir uns heute in einer Situation, in der die letzten Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung sterben. In deutschen Archiven kann man in tausenden Metern Aktenmaterial Einblicke in die Praxis der Wiedergutmachung gewinnen. Dieses über sieben Jahrzehnte entstandene und weltweit einzigartige Dokumentenerbe erhält weitere Bedeutung durch die millionenfach vorhandenen Einzelfallakten der Antragsstellerinnen und Antragsteller, die im Verwaltungsverfahren ihr Verfolgungsschicksal wie auch ihre Familiengeschichte geschildert haben. Es ist damit die wichtigste Quelle für die Erforschung von Schicksalen der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Über ein sogenanntes Themenportal zur „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ innerhalb des Archivportals-D der Deutschen Digitalen Bibliothek soll zukünftig ein einheitlicher und digitaler Zugang zu allen Akten der Wiedergutmachung geschaffen werden, angereichert mit historischen Hintergrundinformationen, der Vorstellung von Forschungsprojekten und Materialien für politische Bildungsarbeit. »

Karteikarten in digitaler Form (Symbolbild)

Am 1. Juni 2022 erfolgte die Freischaltung des Themenportals im Archivportal-D der Deutschen Digitalen Bibliothek. In einer ersten Stufe des Portals sind nun zunächst Bestände aus staatlichen Archiven erstmals unter einem Dach recherchierbar. Die Webseite bietet Informationen zum Thema und eine Navigation durch rund 500 Bestände mit Millionen von Archivalien und Dokumenten. Nutzerinnen und Nutzer können mit Hilfe des Portals direkt erfahren, welche Bestände einschlägig und in welchen Archiven sie zu finden sind. Abgerundet wird das Angebot durch Hintergrundinformationen zur Geschichte der Wiedergutmachung und zu rechtlichen Voraussetzungen sowie Literaturhinweise, Kartenmaterial und ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen. Das Themenportal wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter ausgebaut.

Wiedergut machung

Dies ist das Logo zum wichtigen Thema Wiedergutmachung.

Das Dezernat 15 der Bezirksregierung Düsseldorf führt die Bundeszentralkartei (BZK) als zentrales und gemeinsames Register des Bundes und der Länder. Sie dient der Dokumentation durchgeführter Entschädigungsverfahren und enthält 2,6 Millionen Karteikarten. Die Besonderheit ist, dass die Bezirksregierung Düsseldorf diese Karteikarten in digitaler Form hat. Diese Datensätze wurden Mitte des Jahres 2023 von der Bezirksregierung Düsseldorf dem Bundesarchiv zur Testung der Künstlichen Intelligenz (KI) für das Themenportal zur Verfügung gestellt.

Sicher im Dienst

Ein Schritt Richtung Sicherheit

Regierungspräsident Thomas Schürmann (Mitte) überreicht den ersten Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Kommunen und Kreise ihre Urkunden.

Es ist soweit: Die Bezirksregierung Düsseldorf ist am 25.09.2023 dem Präventionsnetzwerk #sicherimDienst beigetreten, das der NRW-Innenminister Herbert Reul 2022 vorgestellt hatte. Das Netzwerk möchte gemeinsam für „Gewalt gegen Beschäftigte“ sensibilisieren, praxisnahe Handlungsempfehlungen austauschen und durch öffentliche Aktionen wie die offiziellen Netzwerk-Beitritte starke Signale setzen. »

Regierungspräsident Thomas Schürmann (li.) unterzeichnet für die Bezirksregierung selbst die Urkunde. Polizeioberrat Andre Niewöhner (re.) gratuliert.

„Wir wollen gerade den Opfern von verbaler oder körperlicher Gewalt im Dienst das Zeichen geben, dass sie nicht allein sind“, erklärt Regierungspräsident Thomas Schürmann. „Prävention und Aufarbeitung nach geschehenem Unrecht sind Teil der Netzwerkarbeit.“ Schürmann hat die NRW-Initiative gemeinsam mit seinem Regierungsvizepräsidenten Roland Schlapka im eigenen Haus maßgeblich vorangetrieben. „Psyche und Körper können durch Gewalt Schaden nehmen“, erläutert Roland Schlapka. „Die Netzwerkarbeit greift daher Themen aus dem Gesundheits- und Arbeitsschutz auf und wird bei uns im Haus an das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) angeknüpft. Beauftragte der Gleichstellung und des Arbeitsschutzes werden ebenfalls als Mitglieder des Netzwerkes und Multiplikatoren in der Bezirksregierung agieren.“

Auf der Agenda der Bezirksregierung stehen konkret unter anderem: Kommunikations- und Deeskalationstrainings für Mitarbeitende anbieten, Standards der Gesprächsführung vereinbaren und Verhaltensregeln für unerwartete Situationen festlegen. „Dabei profitieren wir von der Erfahrung der anderen Netzwerker. Aufgrund der Vielfalt der Partner, die aus Polizei, Rathaus und vielen anderen Behörden kommen, ist der gegenseitige Erfahrungsaustausch wertvoll für die Strategie gegen Gewalt und für den Schutz der Beschäftigten in der Bezirksregierung“, sagt Gleichstellungsbeauftragte Sabine Mansour.

Der Regierungspräsident sieht zudem seine Mitverantwortung für die Mitarbeitenden der Rathäuser und Landkreise in seinem Bezirk: „Ich bin begeistert, dass auch schon viele unserer Kommunen mit im Boot sind“, erklärt Schürmann. Während einer Videokonferenz im Juni hatte er bei Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern eifrig für die Initiative geworben. „Es ist wichtig, dass die Opfer von verbaler und physischer Gewalt nicht allein bleiben, sondern sich in einer großen Gemeinschaft auch außerhalb des eigenen Kernteams aufgehoben fühlen. Wir können gemeinsam im Netzwerk Anfeindungen im Alltag öffentlich sichtbar machen, Angebote zur Bewältigung schaffen und Strategien zur Prävention entwickeln“, sagt Netzwerkkoordinator und Polizeioberrat Andre Niewöhner. „Unsere Hilfethemen sind praxisbezogen. Was sich in einer Kommune bewährt hat, kann für die Nachbarstadt eine gute Blaupause sein.“ So wurden in der Veranstaltung auch zwei Praxisbeispiele zum Gewaltschutz aus der Stadt Wuppertal und aus der Kreisverwaltung Mettmann vorgestellt.

In Anwesenheit der Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Landräte der Region unterzeichnete Regierungspräsident Schürmann daher symbolisch gemeinsam mit Netzwerkkoordinator Andre Niewöhner die Beitrittsurkunde. Seitdem sind Projekte im Arbeitsalltag der Netzwerkpartner angelaufen.

An das Leid der Menschen jüdischen Glaubens erinnern

Aktion zur Unterstützung des Projektes Stolpersteine

2023 gedachten der Präsident des Oberlandesgerichts, Dr. Werner Richter, und Regierungspräsident Thomas Schürmann gemeinsam der Opfer der Reichspogromnacht am 9. November 1938. Sie nahmen diesen Tag, der an die Ermordung und Entrechtung von Menschen jüdischen Glaubens erinnert, zum Anlass, einen an der Cecilienallee in Düsseldorf verlegten Stolperstein zu putzen.

Denn beide Behörden, Oberlandesgericht und Bezirksregierung, liegen nebeneinander an der Cecilienallee. Tag für Tag gehen die Menschen, die in einem der beiden Häuser arbeiten, an diesem Stolperstein für den Rechtsanwalt Dr. Leo Wolf Lichtigfeld vorbei zur Arbeit. Die kleine quadratische Messingplatte auf dem in den Gehsteig eingelassenen Stein ruft das ergreifende Schicksal des in Düsseldorf tätigen Juristen in Erinnerung, der in der Reichspogromnacht angegriffen worden ist und nach der Deportation im Ghetto Litzmannstadt (Lodz) starb.

Schon 2012 hatten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Oberlandesgerichtes diese Gedenktafel gespendet, die Teil des internationalen Stolperstein-Projektes des Künstlers Gunter Demnig ist. Die Idee: Jeder ist aufgerufen, die Stolpersteine in seiner eigenen Umgebung zu putzen, weil das Messing immer wieder matt wird. So geraten die Opfer der NS-Diktatur nicht in Vergessenheit. Bitter ist dann die Erkenntnis, wie schnell das Grauen in den Alltag einbrechen kann, wenn sich zu wenige der Diktatur und dem Unrecht entgegenstellen.

Der Präsident des Oberlandesgerichts Dr. Werner Richter und Regierungspräsident Thomas Schürmann am Stolperstein für Dr. Leo Wolf Lichtigfeld.

Eine verbindende Grenze

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Eine Grenze als verbindendes Element. Das klingt erst mal wie ein Widerspruch. Schließlich sollen Grenzen etwas begrenzen oder voneinander abgrenzen. Aber oft ist es nützlich oder sogar notwendig, über Grenzen hinaus zu blicken. Zum Beispiel bei der Grenze zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden. Denn es gibt ganz viel, das an dieser Grenze nicht Halt macht. Der Rhein natürlich und die vielen kleineren Flüsse, die von Osten nach Westen über die Grenze fließen. Und – ganz klar oder eben auch mal verschmutzt - die Luft. Wildtiere, deren Reviere sich völlig selbstverständlich beiderseits der Grenze erstrecken oder auch Menschen, die in einem Land leben, aber im anderen arbeiten. Vor allem aber auch Güter, denn NRW und die Niederlande sind gegenseitig wichtige Handelspartner.

Die Themen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ergeben sich zum größten Teil aus dem täglichen Leben. Und so finden sich auch bei der Bezirksregierung Düsseldorf in allen Abteilungen Aufgaben, die am besten in der Kooperation mit unseren westlichen Nachbarn erledigt werden können. Der Personalaustausch mit der Provinz Gelderland in Abteilung 1, der grenzüberschreitende Katastrophenschutz in Abteilung 2, deutsch-niederländische Interreg-Förderung in Abteilung 3, Euregio-Profilschulen in Abteilung 4 und die Klimafolgeanpassung in Abteilung 5 sind nur ein paar Beispiele. In vielen Bereichen ist die Zusammenarbeit längst etabliert. Es gibt bi- oder internationale Gremien, man trifft sich regelmäßig, kennt einander. »

Personen von links nach rechts: Peter van `t Hoog (Provinz Gelderland), Andries Heidema (Provinz Overijssel), Emile Roemer (Provinz Limburg), Thomas Schürmann (BR Düseldorf), Andreas Bothe (BR Münster), Dr. Thomas Wilk (BR Köln), Dr. Alexandra Renz (Landesplanungsbehörde, MWIKE), Gerrit Ulmen (BR Köln)

Eines dieser Gremien ist zum Beispiel das sogenannte 3+3-Treffen. Zweimal im Jahr treffen sich die Regierungspräsidenten aus Münster, Köln und Düsseldorf mit den Kommissaren des Königs der Provinzen Gelderland, Limburg und Overijssel. Dabei findet das Treffen immer abwechselnd auf deutscher und auf niederländischer Seite statt. Im April 2023 war die Bezirksregierung Düsseldorf Gastgeber. In unmittelbarer Nähe zur neugestalteten Emschermündung standen Themen wie die Zukunft der Windkraft und die Berücksichtigung von Raumplanung im Grenzgebiet oder die Flutung von Tagebau-Restlöchern mit Rheinwasser unter Einbeziehung von Wasserwirtschaft beiderseits der Grenze auf der Tagesordnung.

Die Regierungspräsidenten und die Kommissare gehören auch zu dem Gremium, das jedes Jahr auf der Grenzlandkonferenz die neue Grenzlandagenda beschließt. Gemeinsam mit den Vorsitzenden der Euregios, dem niederländischen Innenminister und dem nordrhein-westfälischen Europa-Minister identifizieren sie dabei die Arbeitsschwerpunkte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die kommenden Monate. Die Idee zur Grenzlandkonferenz wurde 2017 übrigens auch bei einem 3+3-Treffen geboren, das die Bezirksregierung Düsseldorf ausgerichtet hatte.

Immer wieder gibt es aber neue Themen, neue Konstellationen werden erforderlich oder es treten unerwartet Schwierigkeiten in der Abstimmung mit den Partnern dies- oder jenseits der Grenze auf.

Gerade dann ist es wichtig, einander zu kennen, oder zumindest zueinander finden zu können, über die Grenze hinweg. Bei der Bezirksregierung Düsseldorf gibt es dafür seit 2023 eine zentrale Anlaufstelle. Katja Maria Eggers (Dezernat 34) ist die erste Beauftragte für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Neben der inhaltlichen Vorbereitung von 3+3 und Grenzlandkonferenz gehört dabei vor allem die Vernetzung von Fachleuten beiderseits der Grenze zu dieser Sonderaufgabe.

Denn bei allen Gemeinsamkeiten, die uns über die Grenze hinweg verbinden, gibt es gerade innerhalb der Verwaltungsstrukturen große Unterschiede, die es schon mal unmöglich erscheinen lassen können, den richtigen Kontakt auf der Gegenseite zu finden. Zuständigkeiten, die auf niederländischer Seite auf der nationalen Ebene liegen, können in NRW bei den Kreisen angesiedelt sein oder umgekehrt – und alles dazwischen.

Zur Person:

- **Name:** Katja Maria Eggers
- **Alter:** 44
- **Ausbildung:** duales Studium an der FHöV (jetzt HSPV)
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2014
- **In welcher Funktion:** Beauftragte für grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- **Was ist meine Aufgabe:** Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Bezirksregierung, Vernetzung von Fachleuten beiderseits der Grenze

„Wichtig ist auch, ein Ohr ins eigene Haus zu haben. Manchmal gibt es bei einem Dezernat schon Erfahrungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einem Gebiet, die in anderem Zusammenhang nun in einem weiteren Dezernat nützlich sein können. Idealerweise kann ich die beiden Dezernate miteinander ins Gespräch bringen, so dass das Rad nicht wieder neu erfunden werden muss“, so Eggers. Sie versteht sich im besten Sinne als Grenzgängerin. „Deutsche Planung und niederländische Flexibilität: je öfter wir das gut kombinieren können, desto mehr haben die Menschen im Grenzgebiet im täglichen Leben von unserer Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene.“

Ein digitaler Zwilling für den Rhein-Kreis Neuss

Nun wird die Planung komplexer Projekte einfacher.

Die acht Kommunen des Rhein-Kreises Neuss gibt es bald alle zwei Mal: in der analogen Welt und in der digitalen Welt. So sollen sich zum Beispiel Kaarst-digital und Kaarst-analog so ähnlich sehen, dass sich die Akteure vor Ort schon jetzt auf ihren „Digitalen Zwilling“ freuen.

„Geodaten werden bereits seit Jahrzehnten in allen Katasterämtern erhoben. Doch erst mit ihrer systematischen digitalen Zusammenführung und Erweiterung werden sie zugänglich für eine Vielzahl von Smart-City-Lösungen und kommunalen Akteuren“, sagt Landrat Hans-Jürgen Petrauschke beim Treffen mit Vertretern von Land und Kommunen in Grevenbroich. Er dankt der zuständigen NRW-Ministerin Ina Scharrenbach und der Bezirksregierung Düsseldorf für die Unterstützung bei diesem Projekt. Rund 420.000 Euro fließen aus dem Programm „Richtlinie für Zuwendungen des Landes NRW zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit“ von Düsseldorf ins Kreisgebiet. Diese NRW-Fördermittel geben den Akteuren vor Ort einen Kraftschub, um die Planung von Gebäuden, Straßen und Plätze noch besser digital umzusetzen. Insgesamt rechnet der Rhein-Kreis Neuss mit Kosten von rund 800.000 Euro.

Für die Bezirksregierung Düsseldorf begleiten Carsten Kießling und Thomas Hermans aus Dezernat 31 („Kommunalaufsicht, Katasterwesen“) das Projekt. „Der Rhein-Kreis Neuss und seine Kommunen ziehen an einem Strang, um sich für die digitale Zukunft fit zu machen“, erklärt Hauptdezernent Carsten Kießling. „Dank des Digitalen Zwillings wird die Abwicklung interkommunaler Projekte einfacher, die dann auch im ländlichen Raum die langen Fahrtzeiten zu Ortsterminen einsparen helfen.“ Thomas Hermans erläutert: „Wenn digital Abgleiche zwischen einzelnen Gewerken erfolgen können, erleichtert dies die Planung komplexer Projekte mit mehreren Sachgebieten.“

Die gewundenen Gässchen vorbei an Fachwerkhäusern in Korschenbroich-Liedberg sollen genauso realitätsnah digital nachgebaut werden wie etwa die breiten Zubringerstraßen zum Neusser Hafen. Das digitale Abbild wird das ganze Kreisgebiet zeigen. Jüchen, Neuss, Dormagen, Korschenbroich, Grevenbroich, Meerbusch und Kaarst: Der Kreis hat unter Federführung des IT-Dezernats mit seinem Kataster- und Vermessungsamt alle Partner an einen Tisch geholt und einen Lenkungsausschuss eingerichtet.

Das ist der Zeitplan: Speziell ausgerüstete Vermessungsfahrzeuge werden in den nächsten sechs Jahren das Gebiet des Rhein-Kreises befahren und scannen. Autokennzeichen und Personen sollen unkenntlich gemacht werden. Das neue Material wird dann mit vorhandenen digitalen Befliegungsdaten zu einem digitalen Abbild synchronisiert. Alles fließt in die Geo-Datenbank ein, um Planungsvorhaben zu visualisieren und Simulationsmodelle in Bereichen wie Verkehr, Bau, Klima, Umwelt und Wirtschaft zu ermöglichen. Smart-City-Anwendungen sollen dann darauf aufbauen.

Speziell ausgerüstete Vermessungsfahrzeug sind hierfür unterwegs.

Thomas Hermans (1.von li.) und Carsten Kießling (4. von re.) gratulieren den Förderempfängern während des Treffens bei Landrat Hans-Jürgen Petrauschke (5. von li.)

Abteilung 4 der Bezirksregierung in Zahlen

Rund **660.000** Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen

Über **3000** Ordnungswidrigkeitenverfahren pro Jahr wegen Verletzung der Schulpflicht

5520 Zeugnisanerkennungsverfahren pro Jahr

Rund **300** Mitarbeitende in der Schulabteilung

104 Millionen werden für Kulturförderung jährlich ausgezahlt

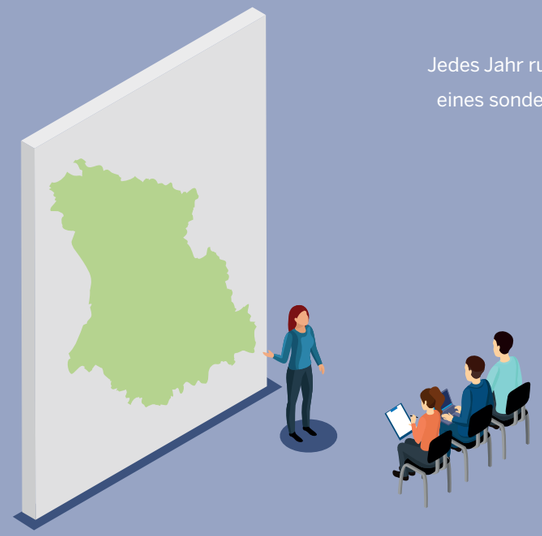
366 Millionen Landeszuschüsse für Ersatzschulen werden jährlich ausgezahlt

Rund **3300** Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern jährlich

300 Anmeldungen für Externenprüfungen für den mittleren Schulabschluss und in diesem Zusammenhang rund **2000** mündliche Prüfungen im Jahr

Obere Schulaufsicht über **15** Schulämter in den Kreisen und kreisfreien Städten

Rund **1.400** öffentliche Schulen im Regierungsbezirk



Jedes Jahr rund **2220** Verfahren zur Anerkennung eines sonderpädagogischen Förderungsbedarfs von Schülerinnen und Schülern

322 Millionen Euro werden für Förderprogramme im schulischen Bereich verausgabt

Jährlich etwa **980** Lehramtsanerkennungsverfahren

Rund **2000** Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte aller Schulformen

Im Rahmen der Qualitätsanalyse an Schulen jährlich etwa **4100** Unterrichtsbeobachtungen à 20 Minuten

„Die Moiedtjes“ bleibt Naturschutzgebiet

Das Feuchtgebiet im Kreis Kleve bietet seltenen Wasserpflanzen und Tierarten einen Lebensraum.

Das Naturschutzgebiet „Die Moiedtjes“ liegt in Rheinnähe, ganz im Norden des Kreises Kleve in Emmerich am Rhein, westlich von Hüthum und unmittelbar an der Landesgrenze zu den Niederlanden. Im September wurde das Gebiet von der Bezirksregierung Düsseldorf als höhere Naturschutzbehörde als Naturschutzgebiet (NSG) festgesetzt. Das war nur folgerichtig, denn die ordnungsbehördliche Verordnung von 2003 war nach 20 Jahren ausgelaufen. Die Behördenbeteiligung und öffentliche Auslegung des Entwurfes erfolgte im Mai und Juni 2023. Nach Abwägung der eingegangenen Bedenken und Anregungen konnte die neue Verordnung im September von Regierungspräsident Thomas Schürmann unterzeichnet und der Schutz des Gebiets damit erneuert werden.

„Die Moiedtjes“ ist mit einer Fläche von circa 31 Hektar, das entspricht etwa 43 Fußballfeldern, ein vergleichsweise kleines Naturschutzgebiet. Die Besonderheit des Geländes liegt in der Vielzahl nah aneinander liegender Teiche mit Tiefen bis zu vier Metern und ausgeprägten Flachwasserzonen. Die seltene Schwimmblatt- und Unterwasservegetation geht an den Ufern in Röhrichte und Hochstaudenfluren über. Daran schließen sich Bruchwälder oder schmale Ufergehölzsäume an. Dieser reich strukturierte Biotopkomplex bietet einer Vielzahl von Wasserinsekten, Libellen, Fischen, Amphibien, Vogelarten, die an Gewässern leben, und Säugetieren einen idealen Lebensraum.

Die Teiche sind künstlich durch Menschenhand entstanden: Bis Mitte des 20. Jahrhunderts wurden hier Lehm und Ton für die Ziegelherstellung abgegraben. Ein Teil der Gewässer befindet sich im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen, der größere Teil ist Privateigentum. Einige der Privatgewässer sind an Angelsportvereine verpachtet. Die 30 Teiche werden ganz unterschiedlich genutzt, mal intensiv durch Fischerei, mal extensiv durch Freizeitaktivitäten, mal unberührt gelassen.

Der Teil des Naturschutzgebiets, der dem Land gehört, wird gar nicht genutzt und ist für menschliche Besucher nicht erschlossen. Hier wird der Natur Raum gelassen, sich ungestört zu entwickeln. Durch dichten Bewuchs ist ein Betreten für Menschen kaum möglich. Das hat zur Folge, dass in dem Naturschutzgebiet einige extrem seltene Wasserpflanzen wie der Südliche Wasserschlauch oder der Tannenwedel wachsen und wild lebende Tierarten wie Biber, Eisvogel, Kammmolch oder auch Fischotter schon gesichtet wurden.

Das Naturschutzgebiet hat wie viele Feuchtgebiete mit der zunehmenden Trockenheit zu kämpfen. Die Kombination von ausbleibenden Niederschlägen, hohen Temperaturen und sinkenden Grundwasserständen in Rheinnähe führt dazu, dass mehr und mehr Gewässer im Sommer austrocknen. Neben den Folgen des Klimawandels sind auch der Eintrag von Nährstoffen und die Ausbreitung invasiver Arten wie des Japanischen Staudenknöterichs, Bambus oder Drüsigen Springkrauts Gefährdungen für die Schutzzwecke des Gebietes.

Die Vermeidung von Plastikabfall ist das Ziel

In einer Umfrage der Zentralen Stelle für Marktüberwachung haben Verbraucherinnen und Verbraucher Mehrwegware nicht zuverlässig erkannt.

Die Belastung der Ozeane und Meere mit Kunststoffabfällen ist eines der großen Umweltprobleme der Gegenwart. Rund 200 Millionen Tonnen Plastikabfälle gefährden die Ökosysteme, und in Form kleinster Teilchen („Mikroplastik“) gelangt das Plastik auch in die Nahrungskette.

Die Hauptquellen für den Eintrag von Kunststoffen in die Ozeane sind neben Fischerei und Schiffsabfällen Gegenstände, die achtlos am Strand und Flussufer weggeworfen oder durch die Toilette weggespült werden. Meist handelt es sich um Einwegprodukte, die damit zu einer wachsenden Bedrohung für Meere, Ernährung und Gesundheit werden.

Um den Eintrag von Kunststoffabfällen in die Ozeane zu verringern, hat die EU vor einigen Jahren untersucht, welche plastikhaltigen Abfälle sich am häufigsten an den europäischen Stränden finden. Auf Grundlage dieser Untersuchungen wurde 2019 die Einwegkunststoff-Richtlinie erlassen (Richtlinie (EU) 2019/904, EWK-Richtlinie), um bestimmte Einweg-Kunststoffprodukte aus dem Markt zu entfernen. Andere Produkte müssen gekennzeichnet werden, um die Verbraucherinnen und Verbraucher für das Problem zu sensibilisieren.

Zum Schutz der Meere hat die EU eine Richtlinie erlassen, um bestimmte Einweg-Kunststoffprodukte vom Markt zu verbannen.

Einweg-Kunststoffbesteck beispielsweise ist seither verboten. Dennoch finden sich in vielen Regalen Kunststoffbestecke, die den „klassischen“ Einwegprodukten in Aussehen, Beschaffenheit, Packungsgröße und Preis zum Verwechseln ähneln. Sie werden auf der Verpackung nun als „Mehrweg“ klassifiziert, aber macht das die Ware für die Verbraucher zu einem nachhaltig genutzten Gegenstand?

Technische Kriterien wie Mindestgewicht oder -bruchstärke, anhand derer Einwegware eindeutig von Mehrwegbestecken unterschieden werden könnten, gibt es bislang nicht. Das erschwert ein Vorgehen der Behörden gegen die weitere Vermarktung solcher Bestecke. »

Maßstab für Mehrweg

In den Auslegungshinweisen der EU-Kommission zur Richtlinie wird darauf verwiesen, dass zur Abgrenzung zwischen Einweg und Mehrweg die sogenannte Verkehrsanschauung herangezogen werden kann, das heißt: Wie beurteilt die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher das Produkt: wegwerfen oder wiederverwenden?

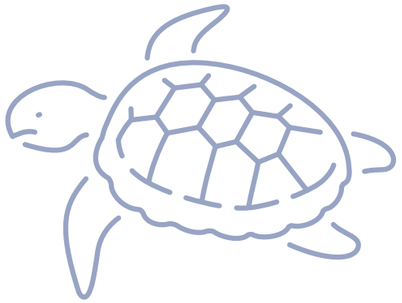
Anlässlich eines Einfuhrversuchs für Kunststoffbestecke durch einen bedeutenden nordrhein-westfälischen Wirtschaftsakteur hat sich die Zentrale Stelle Marktüberwachung (ZSM) im Dezernat 52 der Bezirksregierung kurzerhand entschieden, diese Verkehrsanschauung zu ermitteln. Ziel war es, die Auffassung des betroffenen Zollamtes, des beteiligten Kreises und der ZSM, dass es sich bei der Ware um verbotene Einwegprodukte handelt, auf mehr als das „Bauchgefühl“ zu stützen.

Bei der nichtrepräsentativen Untersuchung des ZSM vor den Dienstgebäuden in Düsseldorf standen neun unterschiedliche Kunststoffbestecke, von weißer Billigstware bis hin zu deutlich teurerem und praktisch unzerstörbarem Campingbesteck, zur Wahl. Auch Produkte des Wirtschaftsakteurs, der mit seinem Einfuhrversuch den Auslöser für den Test geliefert hatte, waren vertreten. Im Fragebogen der ZSM wurde nicht nur erhoben, ob die Befragten die Produkte für Einweg- oder Mehrwegbestecke halten. Auch die Kriterien für die Entscheidung sollten angegeben werden.

45 Personen nahmen an der Befragung teil, und das Ergebnis entsprach den Erwartungen: Weiße Kunststoffbestecke mit niedrigem Gewicht aus dem unteren Preissegment wurden mehrheitlich als Einwegprodukt angesehen. Campinggeschirr, das sich farblich, in der Handhabung und in Gewicht und Belastbarkeit deutlich von dem klassischen Einwegbesteck unterscheidet, wurde dagegen sehr klar als dauerhaft nutzbares Produkt beurteilt. Stabilität und Verarbeitungsqualität der Bestecke waren die wesentlichen Gründe, nach denen die Befragten ihr Urteil fällten. Und so fielen die Produkte des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsakteurs im Hinblick auf die mehrfache Nutzbarkeit klar durch – eine deutliche Mehrheit der Befragten stufte sie als Einwegprodukt ein.

In drei gleichartigen Befragungen in Zusammenarbeit mit den Städten Düsseldorf, Essen und Dortmund wurde das Ergebnis der ersten Aktion eindeutig bestätigt. Die Ergebnisse wurden durch die ZSM an das beteiligte Zollamt und den zuständigen Kreis übermittelt. Der betroffene Wirtschaftsakteur hat mittlerweile auf seinen Einfuhrversuch verzichtet.

In dem konkreten Fall hat die ZSM ihr Ziel erreicht, die Vermeidung von Plastikabfall. Da vergleichbare Produkte aber immer noch von vielen Wirtschaftsakteuren auf unterschiedlichsten Wegen in die EU eingeführt werden, gibt es allerdings weiterhin hohen Handlungsbedarf. Mit den vorliegenden Befragungsergebnissen gibt es eine erste Datengrundlage, auf die sich das behördliche Vorgehen stützen kann.



Ist Kunststoffbesteck leicht und preisgünstig, halten die Verbraucherinnen und Verbraucher es meist für ein Einwegprodukt.

Erlebnistag der Geodäsie auf der Rheinwiese

Hunderte Schülerinnen und Schüler lernen Geodäsie bis auf den Millimeter kennen

Geodäsie? Welcher Beruf mag sich wohl dahinter verbergen? Die Antworten auf diese und andere Fragen erhielten die Schülerinnen und Schüler beim Erlebnistag „Geodäsie“ auf der Rheinwiese im Juni 2023, bei dem auch Kolleginnen und Kollegen der Bezirksregierung – Dezernate 31 und 33 – vertreten waren. Das Vermessungs- und Katasteramt der Stadt Düsseldorf hatte in Kooperation mit der Geschäftsstelle geodäsie.nrw des NRW-Innenministeriums Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen zum Aktionstag eingeladen. Die Schirmherrschaft hatten der NRW-Innenminister Herbert Reul und der Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Stefan Keller. Rund 650 Jugendliche nahmen für die über den Tag verteilten Angebote an den Info- und Aktionsständen teil. Mit dabei waren auch Hochschulen und Universitäten, ortsansässige Vermessungsbüros, das European Space Education Resource Office, das Landeskriminalamt NRW, die Bundeswehr, der Bundesnachrichtendienst, die Bezirksregierungen und einige mehr. Eines der vielen Highlights war das Messschiff „Mercator“ der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf dem Rhein.

Im Rheinpark vor dem Gebäude der Bezirksregierung wurde Schülerinnen und Schüler an das Berufsfeld „Geodäsie“ herangeführt. An 27 verschiedenen Stationen präsentierten die Aussteller unterschiedliche Messmethoden und hochmoderne Instrumente, bei denen Ausprobieren und Mitmachen ausdrücklich erwünscht waren. So wurde zum Beispiel die Körpergrößenmessung aus dem All, die Vermessung eines Flugzeugunfalls oder der Lauf eines möglichst perfekten Kreises mit einem „Reflektorhelm“ angeboten. Dies und ein Impulsvortrag des bekannten Meteorologen und TV-Moderators Sven Plöger brachten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spannende Einblicke und nachhaltige Außenwirkung für den Berufsstand.

NRW-Innenminister Herbert Reul: „Wir alle brauchen gute Vermesserinnen und Vermesser im Land. Ihre Aufgaben stecken in jedem Winkel unserer modernen Welt; sei es beispielsweise im Katastrophenfall mit aktuellen Lagebildern mit Geobezug oder bei der Polizei, um etwa Tatorte und Spurenlagen dreidimensional zu sichern und Kriminalfälle zu lösen. Also ein Beruf mit großer Bedeutung, der uns nahezu in allen Lebenslagen begleitet.“ »

Drohne im Einsatz: Minister Reul beobachtet mit Schülerinnen und Schülern eine Vermessunghsdrohne.

WDR-Moderator und Meteorologe Sven Plöger erklärte in seinem Impulsvortrag den Klimawandel.

Eine Schülerin läuft den perfekten Kreis mit dem Reflektorhelm.

Auch in Polizeihund „Spot“ steckt Geodäsie.

Dank der Mitwirkung der Dezernate 31 und 33 bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer z.B. einen Einblick in Ländliche Entwicklung und Bodenordnung. „Die Ausbildung hat praktische und theoretische Teile, was sie sehr abwechslungsreich macht“, sagt David Kosthorst, Geodatenmanager und Projektleiter im Dezernat 33. Er gestaltet mit seinen Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel die Arrondierung von Eigentum an Ackerflächen mit, die etwa durch Erbschaft zu zerstückelt für eine reibungslose Bewirtschaftung liegen. Das heißt formell: Sie leiten als Flurbereinigungsbehörde die Bodenordnungsverfahren. Wenn eine Umgehungsstraße gebaut werden soll, sorgt das Dezernat 33 durch geschicktes Flächenmanagement für eine größtmögliche Reduzierung der Nachteile für die Landeigentümer und stellt die Flächen für den Straßenbau bereit.

An der Schnittstelle im Bereich „Geodäsie“ arbeitet bei der Bezirksregierung auch das Dezernat 31 – Kommunalaufsicht und Katasterwesen. Das Dezernat berät, unterstützt und beaufsichtigt die Katasterbehörden, die öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure sowie die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte im Regierungsbezirk Düsseldorf. Zusätzlich ist das Dezernat für die Ausbildung des vermessungstechnischen Nachwuchses zuständig und betreut die entsprechenden Prüfungsangelegenheiten. Hauptdezernent Carsten Kießling sucht auch beim Erlebnistag auf der Rheinwiese das Gespräch mit den Jugendlichen. „Wir vermitteln zwischen verschiedenen Akteuren der Vermessungsverwaltung und bieten sowohl technisch als auch fachrechtlich interessante Herausforderungen an“, erklärt Kießling.

Am Ende der Veranstaltung blickten alle beteiligten Personen mit einem überaus positiven Resümee weiter in die Zukunft. Die Verantwortlichen Gerald Hölzer (Geschäftsstelle geodäsie.nrw) und Thomas Weindel (Vermessungs- und Katasteramt Düsseldorf): „Wir sind überwältigt von der unglaublichen Resonanz der Anmeldungen und hatten ursprünglich Anfragen von ca. 1.400 Schülerinnen und Schülern zur Teilnahme.“

Der Erlebnistag Geodäsie ist die zentrale Veranstaltung der Kampagne „geodäsie.nrw“, mit dem Ziel den beruflichen Nachwuchs nachhaltig zu sichern und die Marke Geodäsie zu verbreiten. Die Chance für Schülerinnen und Schüler, die Aufgaben der Geodäsie hautnah zu erleben, wurde überaus gut angenommen.

Die Veranstaltung wird jährlich in einem anderen Regierungsbezirk ausgetragen.

Save the date: Der nächste Erlebnistag Geodäsie NRW findet am 02.07.2024 in Bielefeld statt.

Sie haben den Erlebnistag verpasst, interessieren sich aber für dieses Berufsfeld? Dann können Sie sich gern durch unsere Infos zu den Einstiegsmöglichkeiten bei der Bezirksregierung klicken:

www.brd.nrw.de/
karriere/ausbildung

Auf unserer BRD-Internetseite werden auch unsere anderen Einstiegsmöglichkeiten wie zum Beispiel die Regierungsinspektoranwärterin vorgestellt.

Regierungspräsident Thomas Schürmann (Mitte) besuchte die Teams von Markus Tönnißen (1. von li.) und Carsten Kießling (9. von li.) am Aktionsstand beim Erlebnistag.

Unsere Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung

Astrid Rövekamp im Interview zu ihrer neuen Aufgabe

Thomas Schürmann gratuliert Astrid Rövekamp.

Astrid Rövekamp übernimmt die neue Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Im Interview erzählt die Chemie-Ingenieurin, welche Pläne sie gemeinsam mit Regierungspräsident Thomas Schürmann entwickelt hat, um die Kommunen und andere Akteure in der Region ab sofort noch besser bei der praktischen Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen und dies wichtige Thema in einer breiten Öffentlichkeit zu pushen.

Was können wir im Regierungsbezirk Düsseldorf konkret für Klimaschutz und Klimaanpassung tun? Machen Aktionen von rund 5 Millionen Menschen, die bei uns leben, überhaupt den Unterschied?

Ja, auf jeden Fall. Jede und jeder von uns kann den Unterschied machen. Genau das ist meine Message: Engagiert Euch, zusammen schaffen wir damit ein Umdenken. Dafür will ich das Fachwissen aus der Bezirksregierung bündeln, das bereits da ist. Mit diesem Input und dieser Erfahrung wollen wir dann an die Akteure in unserer Region herantreten. Der Klimawandel geschieht jetzt und die Folgen sind bereits für uns alle im Alltag spürbar.

Welche Folgen sind für Sie bereits spürbar?

Ergiebiger Dauerregen lässt auch noch so kleine Bäche bedrohlich anschwellen, durch Hitzewellen und trockene Perioden steht uns weniger Wasser zur Verfügung, und die Zunahme von Hitzetagen bekommen wir alle zu spüren. Die gute Nachricht ist, dass wir noch dagegen steuern können, wenn wir schnell handeln. Viele Weichen für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Energieerzeugung und der Transformation der Wirtschaft werden derzeit gestellt. Zudem gibt es intelligente Lösungen, uns auf diesen Klimawandel einzustellen. Intelligente Stadtplanung kann etwa durch konsequente Begrünung die Hotspots, besonders heiße Zonen inmitten der Betonwüste, reduzieren. Der Hochwasserschutz beschäftigt auch die breite Öffentlichkeit spätestens seit dem schrecklichen Unglück im Ahrtal emotional und rational. Im Bildungsbereich könnten wir stärker Impulse für Umwelterziehung setzen. Mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus, die in diesen und weiteren Aufgabenfeldern bereits viel geleistet haben, sind meine unmittelbaren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner. Das Thema Klima zieht sich durch alle Abteilungen.

Setzen Sie in einem bestimmten Bereich Ihren Schwerpunkt? Sie haben ja einen Master of Science im Bereich Bauingenieurwesen mit dem Schwerpunk Wasser und Umwelt gemacht.

An meiner Schnittstelle wollen wir bewusst alle Aspekte aufgreifen und in die Breite gehen. Dies ist fachlich sinnvoll, weil sich die Ereignisse natürlich gegenseitig bedingen. Unsere Inhouse-Expertinnen und -experten sitzen in den einzelnen Dezernaten. Dabei profitiere ich davon, dass ich schon seit 2010 bei der Bezirksregierung in unterschiedlichen Dezernaten der Abteilung Umwelt gearbeitet habe.

Wie möchten Sie uns nach außen besser vernetzen?

Ich komme selbst aus dem kommunalen Bereich. Bevor ich 2010 in der Bezirksregierung im anlagenbezogenen Umweltschutz des Dezernates 52 angefangen habe, war ich unter anderem beim Kreis Viersen im Umweltbereich tätig. Die Kommunen im Regierungsbezirk und Verbände sind die wichtigen Partner vor Ort. Einzelne Städte und Gemeinden bei der Umsetzung von Maßnahmen durch die Sicherstellung von Informationsflüssen zu unterstützen wäre mein Ziel. Als Mitarbeiterin im damaligen Staatlichen Umweltamt Duisburg sowie dem Umweltministerium NRW habe ich viele weitere Kontakte geknüpft. Die Koordination nach außen ist sehr wichtig, da erforderliche Änderungen nur durch die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zügig umgesetzt werden können. Mein erster Live-Termin war das Treffen zur „Kommunalen Wärmewende“ im Plenarsaal jetzt im Februar 2024. Mehr als 40 Kommunen haben teilgenommen, um sich über die neuen Rahmenbedingungen für die Wärme- und Energiewende zu informieren. Die Veranstaltung stellten das MWIKE und die Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz NRW. Energy4Climate NRW mit uns auf die Beine.

Im Notfall funken alle auf der gleichen Welle

Rettungseinsätze auf dem Rhein: Anliegerkommunen nutzen den Rheinfunk

Direkte gemeindeübergreifende Kommunikation kann in einem Notfall lebenswichtig sein. Deshalb haben sich die für Gefahrenabwehr zuständigen Stellen der rheinanliegenden Kommunen des Regierungsbezirks auf ein optimiertes Kommunikationskonzept verständigt: Seit Oktober 2023 können die Feuerwehr-Einsatzleitungen im Regierungsbezirk Düsseldorf bei Einsätzen auf dem Rhein einheitlich per Funk miteinander kommunizieren. Das so genannte Rheinfunk-Konzept haben die Leitungen der Berufsfeuerwehren Duisburg, Düsseldorf und Krefeld, die Kreisbrandmeister der Kreise Kleve, Mettmann und des Rhein-Kreises Neuss sowie die Bezirksregierung Düsseldorf einvernehmlich vereinbart.

Der Rheinstrom als Bundeswasserstraße fließt auf rund 215 Kilometer durch Nordrhein-Westfalen, unter anderem durch den Regierungsbezirk Düsseldorf. Hier werden durch den Rhein die Zuständigkeitsbereiche mehrerer Gebietskörperschaften berührt und durchflossen, die Gebietskörperschaftgrenzen liegen oft mitten im Fluss. Somit können bei Einsätzen auf dem Rhein gleich mehrere Städte und Kreise betroffen sein, je nachdem auf welchem Gebiet es zu einem Schadensereignis kommt. Schwierig wird es, wenn eine hilflose Person oder ein havariertes Schiff durch die Fließgeschwindigkeit und die Fließrichtung des Rheins in andere Gebiete abgetrieben wird, denn jede Stadt und jeder Kreis hat eigene Zuständigkeiten sowie eigenes Material und Konzepte, die zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden.

Hier setzt das Konzept an: Damit die jeweiligen Einsatzleitungen direkt miteinander kommunizieren und ihre Einsatzmaßnahmen abstimmen können, wurden Festlegungen für die Nutzung von entsprechenden Digitalfunk-Rufgruppen getroffen. Ebenso sieht das neue Rheinfunk-Konzept zusätzlich ein einheitliches Lagebild über Einsätze auf dem Rhein vor, das den Einsatzleitungen einen schnellen Gesamtüberblick über die Lage gibt. Dieses Lagebild wird für alle Beteilgten von der Leitstelle für den Brand- und Katastrophenschutz der Stadt Duisburg erstellt und geführt. Die Leitstelle Duisburg übernimmt in dem neuen Konzept also eine zentrale Rolle.

Das „Rheinfunk-Konzept im Regierungsbezirk Düsseldorf“ haben die Feuerwehren der rheinanliegenden Kreise und Städte des Bezirks innerhalb einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erarbeitet, unter der Moderation des Dezernates 22 der Bezirksregierung Düsseldorf. Das Dezernat 22 lieferte zudem den organisatorischen Support zu dieser Arbeitsgruppe und notwendige fachliche Informationen aus dem Bereich des Digitalfunks.

Start für den Rheinfunk: Um gemeinsam Leben zu retten und Schadensereignisse zu bewältigen, haben sich die Vertretungen der Feuerwehren der rheinanliegenden Kommunen im Regierungsbezirk auf eine gemeinsame Frequenz geeinigt.

Wie Altanlagen sich neuen Regelungen anpassen müssen

Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffe unterliegt zum Schutz des Bodens und des Grundwassers hohen Anforderungen

Im Laufe der Zeit entwickeln sich die Anforderungen an Anlagen und die geltenden allgemein anerkannten Regeln der Technik immer weiter. Ohne eine behördliche Anordnung müssen die Betreiber sie – gemäß der bestehenden Rechtssystematik – nicht den neuen oder verschärften Anforderungen anpassen.

So kann es mit der Zeit zu erheblichen Abweichungen zwischen dem Ist-Zustand von älteren Anlagen und den aktuellen Anforderungen/den geltenden allgemein anerkannten Regeln der Technik kommen – auch bei Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.

Die Feststellung der Abweichungen obliegt unter anderem dem Sachgebiet „Überwachung“ im Dezernat 53 (Immissionsschutz einschließlich anlagenbezogener Umweltschutz). Bei bestimmten Anlagen wird das Team durch Sachverständige unterstützt, die diese Aufgabe zum Teil übernehmen.

Immer wieder stellt das „Team Überwachung“ fest, dass die Flächen, von denen aus Lager- und Wärmeschränke, Fass- und Gebindelager mit wassergefährdenden Stoffen befüllt werden oder von denen aus Behälter oder Verpackungen mit wassergefährdenden Stoffen in die Anlage hineingestellt oder der Anlage entnommen werden, nicht die Anforderungen erfüllen, die aus aktueller Sicht an sie zu stellen wären.

Ein typischer Befund bei einer Kontrolle: Ein Lagerschrank für Fässer befindet sich auf einer unbefestigten Fläche (siehe Foto). Die Fläche davor ist zwar befestigt, aber nicht so gestaltet, dass bei einem Unfall eine Gefährdung der Gewässer ausgeschlossen ist. Wird ein Behältnis durch einen Gabelstapler oder beim Hineinstellen oder Herausnehmen beschädigt, könnten wassergefährdende Stoffe austreten und auf den unversiegelten Flächen in den Boden und/oder das Grundwasser gelangen.

Der zuständigen Behörde obliegt es in diesem Fall anzuordnen, dass an diese Bestandsanlage strengere technische Anforderungen zu stellen sind, die dem Schutz vor Boden- und Grundwasserverunreinigungen dienen. Dabei muss jedoch die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen gewahrt werden. So können bei Bestandsanlagen keine Anpassungen gefordert werden, die einer Neuerrichtung der Anlage gleichkämen. Neuanlagen oder ohnehin zu ändernde Anlagen hingegen müssen von Beginn an oder ab dem Zeitpunkt der geplanten Änderungen die neuen Anforderungen erfüllen, das heißt ein Rückhaltevermögen zu schaffen, das die wassergefährdenden Stoffe aufnehmen kann.

Bei Bestandsanlagen könnte eine verhältnismäßige Anpassung so aussehen, dass die Fläche, auf der sich der Lagerschrank befindet, und dessen Umfeld so versiegelt werden, dass ein Abfließen möglicher ausgetretener wassergefährdender Stoffe in den Boden oder das Grundwasser nicht zu befürchten ist.

Für die gezeigte Anlage wurden eine entsprechende Anpassung durch die zuständige Behörde angeordnet und ein Sanierungsziel festgeschrieben. Erfüllt der Betreiber dieses Sanierungsziel nicht innerhalb der gesetzten Frist, wird die Erfüllung auch mit den Mitteln des Verwaltungszwangs durchgesetzt.

Dezernat Immissionsschutz

Bei der Bezirksregierung Düsseldorf sind der vorbeugende Gewässerschutz aufgrund der Vielzahl von Anlagen im Regierungsbezirk in die Bereiche Eignungsfeststellung für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Überwachung mit Zulassungsaufgaben, wie der Bearbeitung von Anzeigen zur Errichtung/Änderung von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der Bearbeitung von Anträgen auf Ausnahme von der Eignungsfeststellung, aufgeteilt. Im Bereich der Eignungsfeststellung werden neue Anlagen oder Änderungen an bereits bestehenden Anlagen zugelassen. Ist eine Anlage eignungsfestgestellt, gebaut und in Betrieb gegangen, übernehmen die Kolleginnen und Kollegen von der Überwachung.

Die Überwachung betreut die Firmen in ihrem Alltag und überprüft, ob diese sich an die gesetzlichen Regeln halten: Werden die Emissionsgrenzwerte eingehalten? Entstehen Lärm oder Gerüche, welche die Nachbarschaft und Umwelt beeinflussen? Stimmen die Abwassereinleitungswerte? Wird der Abfall ordnungsgemäß entsorgt, geht man sorgfältig mit wassergefährdenden Stoffen um? Gibt es eine ordentliche Dokumentation zu den Anlagen und werden die daraus resultierenden Anforderungen und Sicherheitsmaßnahmen im Betrieb umgesetzt und gelebt?

Dazu wird in regelmäßigen Abständen eine medienübergreifende Umweltinspektion durchgeführt. Medienübergreifend heißt in diesem Zusammenhang, dass die Dezernate Wasserversorgung/Abwasser, Abfall und ggf. Arbeitsschutz mit dem Dezernat Immissionsschutz zusammenarbeiten. Eine Umweltinspektion kann man sich wie ein Audit, eine Art Überprüfung, vorstellen. Hieraus werden unter anderem Kenntnisse gewonnen, die dann zu der Feststellung von Abweichungen gegenüber dem Stand der Technik oder den allgemein anerkannten Regeln der Technik führen können. Außerhalb der medienübergreifenden Umweltinspektion werden dann die erforderlichen Verwaltungsverfahren zur Anpassung an den Stand der Technik oder die allgemein anerkannten Regeln der Technik geführt.

Arbeitsschutz auf Asbestbaustellen

Asbest ist ein Mineral mit vielen wertvollen Eigenschaften, birgt aber auch eine beträchtliche Gesundheitsgefahr

Die Überprüfung des sachgerechten Umgangs mit Asbest ist eine wichtige Aufgabe der Bezirksregierung Düsseldorf.

Nicht allein aus Klimaschutzgründen werden derzeit viele (Wohn-)Gebäude saniert und umgebaut. Ein ständiger Begleiter ist dabei der vor Jahrzehnten als wertvoll deklarierte Bau- beziehungsweise Zusatzstoff Asbest. Er entpuppte sich jedoch als krebserzeugend, woraufhin 1993 die Herstellung und die Verwendung des Minerals endgültig verboten wurden. Trotz des knapp 30 Jahre zurückliegenden Verbots ist Asbest immer noch Ursache für neue Tumorfälle, und wird dies nach Angaben von Fachleute noch bis 2030 zunehmend bleiben. Zwischen 1990 und 2016 beliefen sich die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger für asbestverursachte Berufskrankheiten auf geschätzt rund acht Milliarden Euro.

Noch heute sind Asbestprodukte auch im Alltag zu finden. Die wohl bekanntesten Beispiele sind Eternitplatten und Dachschindeln auf Dächern und an Gebäudefassaden. Unscheinbar ist die Faser auch in Fensterlaibungen, Fußbodenbelägen oder Heizungsdichtungen und damit im direkten Wohnumfeld verbaut.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates 55 „Arbeitsschutz auf Baustellen“ werden durch ausführende Baufirmen über geplante Asbestarbeiten informiert. Im Rahmen unangemeldeter Kontrollen durch den Außendienst oder aufgrund konkreter Hinweise werden aber auch die „schwarzen Schafe“ unter den Firmen angetroffen, die ihrer Anzeigepflicht nicht nachgekommen sind. Oft werden Kosten- und Zeitgründe bemüht um zu begründen, warum die asbesthaltigen Materialien nicht zerstörungsfrei ausgebaut werden. Eben darin liegt die Gefahr, weil Fasern in die Umwelt abgegeben werden und eine Gefahr für die Arbeitnehmer selbst, aber auch für die Eigentümer, Nachbarn und Unbeteiligte darstellen. In diesen Fällen ist für den Arbeitsschutz unverzügliches Eingreifen angesagt.

Mit bloßem Auge ist nicht erkennbar, ob das Material asbesthaltig ist oder nicht. Ausgestattet mit Schutzanzug und Atemschutzmaske können die Kolleginnen und Kollegen vor Ort Proben von dem verdächtigen Material nehmen und diese zur Analyse ins Labor geben. Solange nicht eindeutig geklärt ist, ob es sich um asbesthaltiges Material handelt, darf bei begründetem Verdacht zunächst nicht weitergearbeitet werden.

Der Umgang mit Asbest erfordert eine besondere Baustellenausstattung, wie z.B. Schleusen und Lüftungsanlagen, eine besondere Fachkunde der ausführenden Firmen und die Verwendung von persönlicher Schutzausrüstung. Dies und noch vieles mehr wird durch die Kollegen und Kolleginnen im Außendienst überprüft. Erst wenn alle Schutzvorkehrungen vor Ort getroffen wurden, darf die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Doch nicht alles ist möglich: So sind z.B. Überdeckungs- und Überbauungsarbeiten ebenso wie die Installation von Stützvorrichtungen auf Asbestzementdächern und -wandverkleidungen verboten. Eine Folge: Solaranlagen sind auf Asbestzementdächern grundsätzlich nicht erlaubt.

Wurde Asbest verbaut, müssen bei Abbruch, Umbau und Sanierung auf den Baustellen besondere Vorsichtsmaßnahmen eingehalten werden.

Gemeinsam die Region gestalten

Regierungspräsident Thomas Schürmann schafft mit BR_D Dialog ein neues Forum

Intensiver Austausch, gemeinsam Aufgaben und Herausforderungen identifizieren und im vertrauensvollen Miteinander Lösungen suchen – das ist für Regierungspräsident Thomas Schürmann Programm. „BR_D Dialog“ heißt das Format, unter dessen Dach sich auf seine Einladung hin im Frühjahr 2023 erstmals Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und Landtagsabgeordnete mit Hausspitze, Abteilungsleitenden und weiteren Experten austauschen. Der Plenarsaal des Hauptgebäudes an der Cecilienallee in Düsseldorf bietet seitdem regelmäßig den Rahmen für engagierte Diskussionen und inspirierende Begegnungen.

Das **Frühlingstreffen** hat weder Tagesordnung noch Protokoll und bietet den Oberbürgermeistern und Landräten Gelegenheit zum persönlichen Austausch untereinander sowie mit der Führungsebene der Bezirksregierung Düsseldorf. Der **Parlamentarische Abend** will den Dialog mit den Mitgliedern des Landtags aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf stärken.

Beim **Themenabend** befassen sich die Teilnehmenden mit einem aktuellen Thema, das die Menschen und die Entscheidungsträger in der Region betrifft und zugleich darüber hinausweist. Mit Klima-Resilienz und der Frage, wie man mit den Auswirkungen des Klimawandels im Regierungsbezirk Düsseldorf umgehen kann, beschäftigten sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ebenso wie weitere Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, Kammern, Verbänden oder des Regionalmanagements bei der Premiere der Veranstaltungsreihe. Fachleute führen am Themenabend mit Impulsvorträgen in die jeweilige Problematik ein, liefern Anstöße und setzen den Rahmen für die anschließende Diskussion.

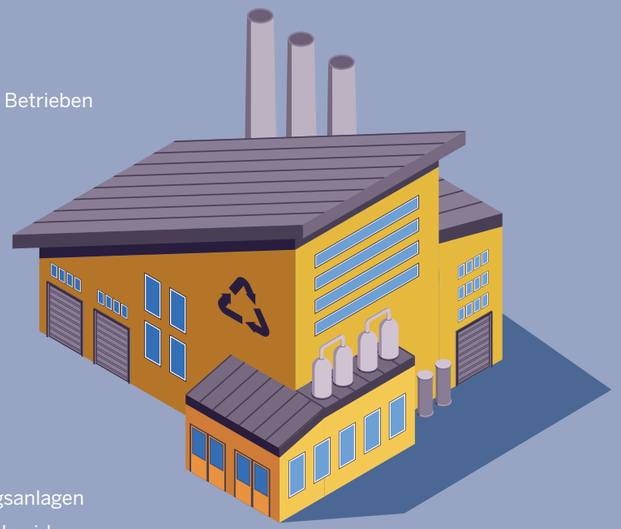
Nach einem Jahr zieht Thomas Schürmann eine uneingeschränkt positive Bilanz. „Mich beeindruckt, dass so viele Akteurinnen und Akteure aus dem Regierungsbezirk diese Gelegenheiten wahrnehmen, Kolleginnen und Kollegen zu treffen, Input von Fachleuten zu bekommen oder auch Herausforderungen zu beschreiben, mit denen sie sich vor Ort konfrontiert sehen. Nicht wenige nutzen auch die Chance, im direkten Kontakt Probleme anzusprechen. Insofern kommen wir im Rahmen der Reihe BR_D Dialog auch im Kleinen dem Ziel näher, gemeinsam die Region zu gestalten. Das ist mir wichtig – und ich freue mich auf die Fortsetzung!“

BR_D Dialog
Austauschen. Vernetzen. Region gestalten.

Regierungspräsident Thomas Schürmann will den Austausch in der Region stärken.

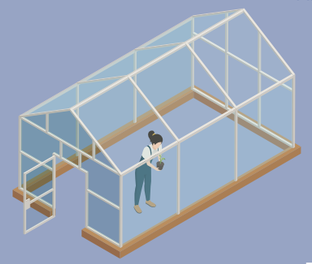
Abteilung 5 der Bezirksregierung in Zahlen

9269 Inspektionen in Betrieben,
auf Baustellen oder anderen Orten außerhalb von Betrieben

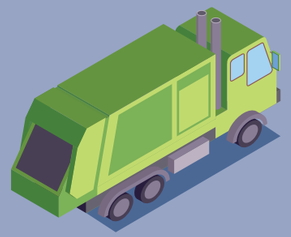


45 Deponien
im Regierungsbezirk

310
Abfallbehandlungsanlagen
im Regierungsbezirk



761 genehmigungsbedürftige
gentechnische Anlagen im
Zuständigkeitsbereich des Dezernates 53

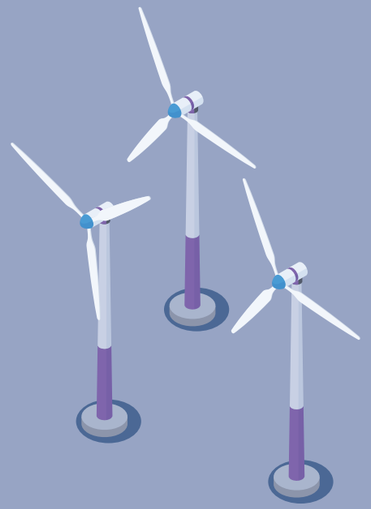


76 Abwasserbehandlungsanlagen
für kommunales Abwasser
(inkl. Klärschlamm-Behandlungsanlage
Langenbrahm des Ruhrverbandes)

94 Wassergewinnungsanlagen
der öffentlichen
Trinkwasserversorgung

360 km Hochwasserschutzanlagen im Regierungsbezirk

394 Naturschutzgebiete
im Regierungsbezirk



415 Windenergieanlagen in Betrieb
im Regierungsbezirk

Integration leben – eine der vielen Chancen in einer Behörde

Die Studentin Nurdan Kanikurumaz macht im Sommer 2023 ihren Praxisabschnitt im Team Gleichstellung bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Im Interview mit der damals neu gestarteten Integrationsbeauftragten Christiane Pflug-Schimmel sprechen die beiden Frauen über die Chancen, welche die Gesellschaft allgemein und das Team der Bezirksregierung im Besonderen dank der gelebten Vielfalt haben.

Wer ist Christiane Pflug-Schimmel und was hat Sie dazu bewegt, die Position als Integrationsbeauftragte anzunehmen?

Ich bin im Duisburger Norden, in Hamborn, aufgewachsen. Seit dem Abi engagiere ich mich in verschiedenen Bereichen und für verschiedene Organisationen der Integration, vor allem des interkulturellen Austauschs. So war ich jahrelang bei der AWO-Integrations gGmbH tätig und habe dort zum Beispiel im Jugendzentrum in Marxloh Gruppen betreut und Nachhilfe sowie Sprachkurse gegeben. Seit ein paar Jahren engagiere ich mich nebentätig im Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie in Duisburg (ZfE), wo ich verschiedene Workshops zu Themen wie „Was ist deutsch?“ gebe und mitkonzipiere. Meine Masterarbeit im Bereich der Politischen Bildungsarbeit konzentriert sich ebenfalls auf die Vermittlung dieser Themen. Auch innerhalb meines Studiums habe ich meinen Schwerpunkt auf die Forschung zu Rassismus, Antisemitismus, Identität und Nationalismus gelegt, sobald wir frei wählen konnten. Mir war die Auseinandersetzung mit diesen Themen immer schon eine Herzensangelegenheit. Meine Kenntnis darüber habe ich in den letzten Jahren immer stärker durch Fachwissen, praktische Arbeit, berufliches sowie privates Engagement vertieft. Ich freue mich sehr über die Aufgabe und werde meine Fähigkeiten in unsere Organisationsgestaltung einfließen lassen.

Wie würden Sie Ihre Aufgaben als Integrationsbeauftragte beschreiben? Für wen sind Sie die Ansprechpartnerin?

Als stellvertretende Integrationsbeauftragte der Bezirksregierung bin ich – wie auch die Integrationsbeauftragte Sabine Mansour – vor allem die vertrauensvolle Ansprechpartnerin für Kolleginnen und Kollegen mit interkulturellem Background. Wir haben natürlich immer ein offenes Ohr, gerade wenn es um sensible Themen geht, wie diskriminierende Situationen oder das Gefühl zu wenig Teilhabe zu erfahren. Die Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Kolleginnen und Kollegen der Bezirksregierung, nur so können wir die Ideen von Vielfalt und Pluralismus auch in den Regierungsbezirk tragen. Wichtige Arbeitsbereiche müssen deshalb z.B. die Sensibilisierung für Stereotypisierung und (internalisierten) Rassismen in Organisationen sein, die Förderung von Vielfalt und Inklusion, hin zum Erhalt einer wertschätzenden integrativen Arbeitsumgebung oder auch die Unterstützung und Vermittlung interkultureller Kommunikation z.B. durch thematische Veranstaltungen, Schulungen oder die Bereitstellung fortbildender Ressourcen.

Insbesondere in Anbetracht, dass wir kürzlich einen Arbeitskreis zu Interkulturalität gegründet haben: Wie beurteilen Sie die Rolle der Förderung von interkulturellem Verständnis für unser Haus? Wie kommt die Vielfalt ins Amt?

Interkulturelles Verständnis spielt aus verschiedenen Perspektiven eine wesentliche Rolle für die Zukunft der öffentlichen Verwaltung und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt an sich. Es hilft dabei, Menschen offen gegenüberzutreten und Teilhabe zu fördern. Durch reflektierte Kommunikation können Barrieren abgebaut werden und ein Arbeitsumfeld gewonnen werden, das die Vielfalt und Diversität der Mitarbeitenden berücksichtigt und wertschätzt. Auch die Frage, wie Vielfalt ins Amt kommt, kann aus dieser Rolle abgeleitet werden. Integrative Instrumente wie eine Vielfalt berücksichtigende Personalpolitik und Kooperationen mit gemeinnützigen Organisationen und Community-Gruppen und die Bildung von Netzwerken mit denselben Zielen tragen dazu bei, mehr Perspektiven innerhalb behördeninterner Entscheidungsfindungen zu berücksichtigen. Natürlich gibt es noch viele weitere Beispiele. Wichtig ist es, nicht zu vergessen, dass die Förderung von Vielfalt und interkulturellem Verständnis einen fortlaufenden Prozess darstellt. Wir müssen uns kontinuierlich mit den Themen wie Vielfalt, Diversität und Intersektionalität beschäftigen und eigene Strukturen hinterfragen.

Können Sie uns einige konkrete Projekte nennen, die auf uns warten?

Wir haben tatsächlich schon ein paar Projekte in Gang gesetzt, zum Beispiel den genannten Arbeitskreis zur Interkulturalität. Wir planen zudem weiterhin, regelmäßig im Intranet über Angebote und wichtige Ereignisse, wie z.B. den Weltflüchtlingstag und kommende Gedenktage zu informieren. Für September haben wir – in Kooperation mit dem ZfE in Duisburg – erstmals für unsere neuen Anwärterinnen und Anwärter Workshops zum Thema Sensibilisierung gegenüber nationalistischen Stereotypen sowie die Rolle von Behörden darin angeboten. Auch mit anderen Einrichtungen wie der Mahn- und Gedenkstätte in Düsseldorf stehen wir im Austausch zu verschiedenen Bildungsangeboten. Andere Bezirksregierungen und Ministerien gehören zu unseren Austauschpartnern für Konzepte. Wir freuen uns schon auf die Organisation und sind immer für Ideen offen.

Liebe Frau Pflug-Schimmel vielen Dank für das Gespräch. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Stelle als stellvertretende Integrationsbeauftragte.

Das Land schafft neue Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen

Dezernat 20 prüft ehemalige Bürogebäude,
Hotels und Freiflächen im gesamten Regierungsbezirk.

Die aktuellen Krisen bringen Menschen weltweit dazu, ihre Heimat zu verlassen. Das Land Nordrhein-Westfalen und die Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Düsseldorf nehmen die Aufgabe an, den geflohenen Menschen Schutz zu gewähren. In allen Kommunen des Regierungsbezirks sucht die Bezirksregierung Düsseldorf deshalb Standorte, an denen neue Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete geschaffen werden können. Ziel der Bemühungen ist es, die Kommunen zu entlasten, die mancherorts –wie in den Jahren 2015/2016 –auf Turnhallen und andere Gemeinschaftseinrichtungen zurückgreifen müssen, um Menschen aufnehmen zu können, weil die kommunal verfügbaren Wohn-Kapazitäten erschöpft sind.

Intensiv prüft das Akquise-Team des Dezernats 20 der Bezirksregierung deshalb Grundstücke, Büro- und Verwaltungsgebäude oder auch Hotels, ob sie für eine Nutzung als Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes geeignet sind. Damit sich eine Liegenschaft eignet und Umrüstung oder Einrichtung finanzierbar ist, müssen Grundstücke oder Objekte eine gewisse Größe, das Potenzial für Mehrbettzimmer, Gemeinschaftseinrichtungen und Freizeitgestaltung haben.

Ob Alleinreisende oder Familien: Die Menschen, die dort vorübergehend leben, bis sie einer Kommune zugewiesen werden, sind nicht auf sich allein gestellt. Neben der Leitung der Einrichtung, die die Bezirksregierung wahrnimmt, kümmern sich in ihrem Auftrag Mitarbeitende von Wohlfahrtsverbänden und erfahrene Betreuungsdienstleister um die Bewohnerinnen und Bewohner, helfen bei Alltagsfragen, setzen Freizeit- und Bildungsangebote um. Mahlzeiten werden zentral zubereitet und in der Kantine ausgegeben.

Die Bezirksregierung Düsseldorf ist bei der Neuerrichtung sehr erfolgreich, so konnten beispielsweise in Mülheim an der Ruhr, Weeze, Remscheid, Wuppertal und Ratingen neue Einrichtungen eröffnet werden. Weitere werden zum Beispiel in Düsseldorf und Krefeld entstehen.

Zum Jahresende 2023 sind im Regierungsbezirk Düsseldorf neun Landeseinrichtungen und zwei Erstaufnahmeeinrichtungen in Betrieb. 118 Beschäftigte des Dezernats 20 (Unterbringung von Flüchtlingen), Dezernentinnen und Dezernenten, Einrichtungsleitungen und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, sorgen dafür, dass der Betrieb läuft und neue, zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden können.

Bezirksregierung und die jeweilige Stadtspitze informieren ihre Bürger über die geplanten Landeseinrichtungen für geflüchtete Menschen – wie hier in Düsseldorf.

Werben für ein gutes Miteinander

Verständnis für die Geflüchteten und Hilfsbereitschaft sind in der Bevölkerung groß, aber in den Bürgerinformationsveranstaltungen geht es immer auch darum, Ängste abzubauen, Unsicherheiten zu nehmen und Ablehnung mit guten Argumenten zu begegnen. Vor Ort und im Alltag spielen die Einrichtungsleitung und das Umfeldmanagement einer Landeseinrichtung eine entscheidende Rolle: Sie sind da, um konkreten Beschwerden nachzugehen, Verbesserungsvorschläge umzusetzen und Hilfsangebote zu koordinieren.

Impressum

Herausgeberin:

Bezirksregierung Düsseldorf
Pressereferentin
Vanessa Nolte
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 475-0

Grafiken & Fotos:

Bezirksregierung Düsseldorf: Titelseite, Seite 1, Seite 9-15, Seite 19-23, Seite 25, Seite 31-32, Seite 34-39, Seite 44, Seite 50, Seite 56, Seite 59-61, Seite 67, Seite 75-85, Seite 89-91, Rückseite

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW: Seite 5

www.evoletics.de: Seite 24

Wübben Stiftung Bildung: Seite 45-49

Bundesministerium der Finanzen: Seite 52

Netzwerk #SicherImDienst / Bernd Thissen: Seite 53-55

NRW-Justizministerium: Seite 57

Wolfgang Walter / Rhein-Kreis Neuss: Seite 63

Ministerium des Innern NRW / Bernd Thissen: Seite 73

Stock.adobe.com: Seite 5 (Martina Berg), Seite 6-7 (alexdndz, Sabavector, Wanlee, Macrovector) modifiziert, Seite 17 (JD8), Seite 26-27 (Macrovector, radovlad, MicroOne, Taras Livyy) modifiziert, Seite 28 (Ticha), Seite 33 (Rawpixel.com), Seite 40-41 (Taras Livyy, Macrovector) modifiziert, Seite 42 (vizafoto), Seite 51 (Photobank), Seite 64-65 (Taras Livyy, Macrovector, ivan mogilevchik) modifiziert, Seite 68 (somchairakin), Seite 70 (Lumos sp), Seite 86-87 (Macrovector, enggar, GreenSkyStudio, Aleksandr Bryliaev) modifiziert, Seite 92 (Syda Productions)

2023

Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf